Zur

Geschichte

der

falschen Anschuldigung.

Inauguraldissertation

verfasst und zur

Erlangung der juristischen Doktorwürde bei der hohen juristischen Fakultät der k. Friedrich-Alexanders-Universität

Erlangen

eingereicht von

Hermann Wegele

Rechtspraktikant.

ANSBACH.

Verlag von C. Brügel & Sohn

1892.

Zur

Geschichte

der

falschen Anschuldigung.

Inauguraldissertation

verfasst und zur

Erlangung der juristischen Doktorwürde bei der hohen juristischen Fakultät der k. Friedrich-Alexanders-Universität

Erlangen

eingereicht von

Hermann Wegele

Rechtspraktikant.

ANSBACH.

Verlag von C. Brügel & Sohn

1892.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41535711_0265

Seinen

teuren Eltern

gewidmet

vom Verfasser.

Einleitung.

Wenn wir heutzutage von falscher Anschuldigung sprechen, so verstehen wir darunter nach § 164 des R.-St.-Gesetzb. die Anzeige bei einer Behörde, durch welche Jemand einen Andern wider besseres Wissen der Begehung einer strafbaren Handlung oder der Verletzung einer Amtspflicht beschuldigt. Dieser Begriff hat sich erst im Laufe dieses Jahrhunderts entwickelt. An seiner Stelle finden sich verschiedene andere Begriffe, oft ist es die falsche Anklage und neben und mit dieser die falsche Denuntiation. Dies erklärt sich aus den Veränderungen, die der Strafprozess im Laufe der Zeiten durchgemacht hat, im besondern aus den Veränderungen im Anklagerecht. Wenn zur Erhebung einer Anklage Jedermann berechtigt ist, so spricht man von falscher Anklage; dieser Ausdruck deckt jedoch unsern modernen Begriff der falschen Anschuldigung nicht völlig, deshalb muss der Vollständigkeit halber noch die falsche Denuntiation beigezogen werden, ebensowie die fälschliche Behauptung, dass Jemand ein Verbrechen begangen habe, sobald diese Behauptung geeignet ist, Anlass zu einer Untersuchung zu geben. Sind zu Erhebung einer Anklage nur dazu bestimmte Personen berechtigt, dann spricht man von falscher Anschuldigung, während die Erhebung einer falschen Anklage durch eine solche Person aus dem Rahmen un-

serer Betrachtung fällt; das moderne deutsche Recht gibt in § 344 R.-St.-Gb. hiefür eine Strafvorschrift.

§ 1. Römisches Recht.

Das römische Recht kannte drei Delikte der Ankläger: prävaricatio, die vorsätzliche Begünstigung des Angeklagten, wenn der Ankläger von seiner Schuld überzeugt war; tergiversatio, der vollständige Rücktritt von der erhobenen Anklage, obwohl der Ankläger sie fortsetzen und durchführen konnte; calumnia, die bewusst falsche Anklage[1]). Mit der calumnia haben wir uns hier zu beschäftigen.

Die Abstammung von calumnia ist ziemlich unsicher. Gewöhnlich wird es von dem Verbum calvi abgeleitet, welches als Passiv und als Deponens vorkommt. Als Passiv bedeutet es hintergangen werden, getäuscht werden, als Deponens zu täuschen suchen, Ausflüchte machen, Ränke schmieden, und als solches kommt es für uns in Betracht. Calumnia würde dann ursprünglich soviel wie Täuschung bedeuten und im Laufe der Zeit auf den speziellen Fall beschränkt worden sein, wo durch eine falsche Anklage die Täuschung bewerkstelligt werden soll. Calvi findet sich in dem angegebenen Sinne schon in den 12 Tafeln: si calvitur pedemve struit, manum endo jacito. Auch Gajus leitet calumnia von calvi ab, welches er mit morari et frustari erklärt[2]).

Calumnia wird jedoch auch mit den griechischen Wörtern *κυλλός* und *σκολιός* krumm, schief in Zusammenhang gebracht. Bei Homer kommt der Ausdruck „*σκολιαὶ θέμιστες*“ krumme, d. h. falsche Gesetze vor. Dann mag

[1]) l. 1. § 1. D. ad senatus consultum Turpillianum. 48. 16.
[2]) l. 233. D. de verborum significatione. 50. 16.

es auf den Sanskritstamm skar springen, sich drehen, wanken, zurückgehen. Es würde sich so für calumnia die ursprüngliche Bedeutung Verdrehung, Rechtskrümmung, Rechtsverdrehung ergeben, von wo aus es sich, indem es vom allgemeinen zum besondern führte, zur prozessualen Chikane und schliesslich zur dolosen Anklage zuspitzte[1]).

Als bewusst falsche Anklage kommt calumnia sowol im Civilprozess wie im Strafprozess vor, namentlich in dem juramentum calumniae, auch jusjurandum de calumnia genannt. Im Civilprozess wurde der Kalumnieneid beibehalten und weiter ausgebildet, während er im Strafprozess bald seine Bedeutung verlor.[2]) In beiden Fällen versicherte der Ankläger vor der eigentlichen Anklage eidlich, dass er den Prozess anstrenge in dem Bewusstsein und in dem guten Glauben, dass der von ihm Angeklagte der Schuldige sei. Es lässt sich daraus unschwer erklären, dass der Kalumnieneid im Strafprozess unnötig wurde und verschwand, sobald die calumnia ein selbstständiges Verbrechen wurde. Denn er sollte ein Mittel sein, um einen Unschuldigen davor zu schützen, dass eine (falsche) Anklage gegen ihn erhoben werde. Dies konnte aber nur da angebracht sein, wo eben eine falsche Anklage nicht als solche gestraft wurde und man konnte sich damit begnügen, so lange der Eidschwur heilig gehalten wurde, so lange er genügte, um den Ankläger davon abzuschrecken, jemand eines Deliktes anzuklagen, das er

---

[1]) Ich verdanke diese Notizen zum Teil der Güte des Herrn Prof. Dr. Unger in Würzburg, zum Teil der des Herrn Prof. Dr. Osthoff in Heidelberg durch freundliche Vermittlung des Herrn Prof. Dr. Jolly in Würzburg.

[2]) Raspe, Das Verbrechen der Kalumnia im römischen Recht. Rostock 1872. S. 17 ff. Ich folge bei der Darstellung des römischen Rechtes im Allgemeinen den vortrefflichen Ausführungen Raspe's. Über das juramentum calumniae vergl. vor allem: Gius. Salvioli, Jusjurandum de calumnia nel suo svolgimento dall' antichità fino al secolo XVI. Sonderabdruck. Palermo 1888.

nicht begangen hatte. Sobald der Eid aber dazu nicht ausreichte, musste eine strengere Massregel Platz greifen, und diese fanden die Römer darin, dass sie die calumnia unter Strafe stellten.

Die Kriminalisirung der calumnia war also ein Ersatz des juramentum calumniae im Strafprozess, mit der Bestrafung derselben konnte der Eid wegfallen; es ist jedoch natürlich, dass dies nicht mit einem Schlage geschah, sondern er wird allmählig durch Gewohnheitsrecht ausser Anwendung gekommen sein.

Die Quellen stellen allerdings über diese Entwickelung des juramentum calumniae, die nur aus allgemeinen Gesichtspunkten gewonnen werden kann, so gut wie keinen Stoff zur Verfügung. Das älteste Denkmal des Eides findet sich in den Fragmenten der lex Acilia repetundarum aus dem Jahre 631 oder 632 der Stadt. Es lautet in Titel 19:

> Quei ex h(acce) l(ege) pecuniam ab altero petet, is eum unde petet, postquam CDL viri ex h(acce) l(ege) in eum annum lectei erunt, ad judicem in eum annum quei ex h(acce) l(ege) factus erit, in jous educito, nomenque ejus deferto. Sei dejuraverit calumniae causa non postulare, is praetor nomen recipito, itaque facito.[1])

In der Lex Rubria de civitate Galliae Cisalpinae aus dem Jahre 705 der Stadt finden sich die Worte:

> . . . idque non k(alumniae k(ausa) se facere juraverit.[2])

Ferner aus dem Fragment einer quaestio perpetua:

> quo de ea re sei dejuraverit kalumniae caussa non postulare.[3])

Es wird aus diesen Stellen wahrscheinlich, dass der Ankläger vor oder bei der Anklage schwören musste, „se non calumniae causa agere“ oder „postulare“.[4])

---

[1] Mommsen, Corpus inscriptionum Latinarum. Bd. I. 1867. S. 59.
[2] Mommsen, a. a. O. S. 116.
[3] Mommsen, a. a. O. S. 127
[4] Salvioli, a. a. O. S. 15.

Auch die Antwort auf die Frage, wann die calumnia selbstständiges Verbrechen wurde, lässt sich nur vermutungsweise geben. Dass es die lex Remmia war, welche als erstes Gesetz die calumnia mit Strafe bedrohte, das ist fast allgemein anerkannt und unterliegt auch keinem Bedenken, da die Quellen sämtlich auf das genannte Gesetz hinweisen, so l. 1. § 2. D. 48. 16.[1]) Hält man dies fest, so ergibt sich jedoch sofort der Zweifel, wann die lex Remmia entstanden ist. Hierüber fehlt jede bestimmte Nachricht. Ich habe schon erwähnt, dass die Bestrafung der calumnia in die Zeit zu setzen ist, wo das juramentum calumniae nicht mehr genügte, um einen Unschuldigen vor einer ungerechtfertigten, dolosen Anklage zu schützen. Um über diesen Zeitpunkt Aufschluss zu erhalten, muss man sich, bei dem Mangel jedes äusseren Anhalts, nach inneren Gründen umsehen. Hier weist uns die römische Geschichte auf die Zeit hin, wo in Folge des allgemeinen Verfalls der Sitten auch die kalumniösen Anklagen häufiger geworden sein werden; es ist dies die Zeit um das Jahr 100 v. Chr. und es mag die lex Remmia in diese Zeit fallen. Mit Lange[2]) wird das Jahr 663 der Stadt, 91 v. Chr. anzunehmen sein. Sie würde damit erst nach den quaestiones perpetuae entstanden sein. Für diese Zeit spricht noch der Umstand, dass mit der Ausbildung des aus der Zivilgerichtsbarkeit des Senats hervorgegangenen Gerichtes, der quaestiones perpetuae, jedermann berechtigt war, eine Anklage zu erheben, dass also damit die Gefahr einer Anhäufung der kaluminösen Anklagen eine akute wurde. Es erklärt sich hieraus, dass die Kriminalisirung der calumnia erst einige Zeit nach Einführung des Quaestionen-

[1]) Raspe, Das Verbrechen der calumnia. S. 26, 27.
[2]) Lange, Römische Alterthümer. Bd. III. S. 101.

prozesses notwendig und dass zu diesem Zwecke die lex Remmia gegeben wurde.

Die Strafe der lex Remmia bestand darin, dass dem verurteilten Kalumniatoren ein K auf die Stirne gebrannt wurde. Dafür spricht die Stelle aus Cicero, pro Roscio Amerino 19:

> Si ego hos (scil. judices) bene novi, litteram illam, cui vos usque eo inimici estis, ut etiam Kalendas omnes oderitis, ita vehementer affigent, ut postea neminem alium nisi fortunas vestras accusare possitis.

Die lex Remmia war auf die judicia publica beschränkt. Sie blieb in Geltung bis zur Gesetzgebung Justinians, während die Strafe des genannten Gesetzes wahrscheinlich schon zu Anfang des Kaiserreichs gewohnheitsrechtlich ausser Übung gekommen war. Von dieser Zeit an wurde die calumnia willkürlich bestraft. Daneben sprach das prätorische Edikt über die Kalumniatoren die Infamie aus.

> l. 1. de his qui not. inf. 32: Infamia notatur, qui in judicio publico calumniae praevaricationisve quid fecisse judicatus erit.
>
> l. 4. § 4. eod. Calumniator ita demum notatur, si fuerit calumniae causa damnatus: neque enim sufficit calumniatum: item praevaricator.

Das nächste Gesetz, das sich mit der calumnia befasste, war das senatus consultum Turpillianum[1]), das unter der Regierung des Kaisers Nero im Jahre 61 n. Chr. erlassen wurde, das vor allem als Ergänzung der lex Remmia aufzufassen ist und dessen Bestimmungen grossenteils auch in die Digesten aufgenommen worden sind. Eine bestimmte Strafe wurde auch durch dieses Senatuskonsult nicht eingeführt. Um diesem Übelstand abzuhelfen, und eine feste Strafe für das Verbrechen der calumnia

[1]) Raspe, Das Verbrechen der calumnia. S. 70.

aufzustellen, kam in der Kaiserzeit um das Jahr 100 n. Chr., zuerst unter der Regierung Trajans, die Bestrafung der calumnia nach dem Grundsatz der Talion auf, das heisst, der falsche Ankläger wurde zu der Strafe verurteilt, welche den Angeklagten getroffen hätte, wenn die Anklage wahr gewesen wäre.

Paulus, Sententiae I. 5. Et in privatis et in publicis judiciis omnes calumniosi extra ordinem pro qualitate admissi plectuntur.[1])

Dieser Grundsatz gewann immer festeren Boden und wurde dann auch auf die crimina extraordinaria ausgedehnt, was dadurch bewiesen wird, dass die oben zitirte Stelle aus den Sentenzen des Paulus in die Digesten aufgenommen wurde, jedoch in folgender Fassung:

l. 3. D. 48. 16. Et in privatis et in extraordinariis criminibus omnes calumniosi extra ordinem pro qualitate admissi plectuntur.

Die Bestimmungen des senatusconsultum Turpillianum haben im weiteren Verlaufe nur einige geringe Änderungen und Zusätze erhalten, welche in Cod. 9, 46 enthalten sind und die hier Platz finden mögen. Kaiser Alexander Severus erliess im Jahre 224 n. Chr. folgende Bestimmung, wonach über die calumnia des Anklägers sofort abgeurteilt werden sollte, wenn der Angeklagte freigesprochen worden war.

l. 1. C. 9. 46. Calumnia eo tempore coërceri solet, quo de causa praesente accusatore judicatur ideoque posteaquam de causa judicatum est, contra consuetudinem calumniam accusatoris puniri desideras.

Gewisse Personen konnten in bestimmten Fällen anklagen, ohne befürchten zu müssen, wegen calumnia belangt zu werden.

l. 2. C. 9. 46. Mater inter eas personas est, quae sine calumniae timore necem filii sui vindicare possunt: idque beneficium

[1]) Krüger, Collectio librorum juris antijustinianei. Bd. II. S. 50.

senatusconsulti et in aliis publicis judiciis servatum est. Sed et extraneus heres, qui suspicium, quam de morte sua habuisse defunctus cavit, exsequitur, hoc nomine a calumnia excusatus est, cum inter voluntariam accusationem et officii necessitatem heredis multum intersit.

l. 3, 4. C. 9. 46 der Kaiser Carus Carinus und Numerianus aus dem Jahre 283 n. Chr.

Qui non probasse crimen quod intendit pronuntiatur, si calumniae non damnetur, detrimentum existimationis non patitur. non enim, si reus absolutus est, ex eo solo etiam accusator, qui potest justam habuisse veniendi ad crimen rationem, calumniator credendus est. Calumniae poena in paternae mortis accusatione cessat.

l. 5, 6. C. 9. 46 der Kaiser Diokletian und Maximian.

Qui calumniatores pronuntiantur, in publicorum dumtaxat judiciorum quaestionibus, non etiam in liberalibus causis, quae privatas disceptationes continent, periclitari solent. Dominis servorum per accusatoris calumniam tortorum adversus eum poena dupli lege Julia providetur.

l. 7. C. 9. 46 der Kaiser Valentinianus und Valens aus dem Jahre 366.

Non prius quemquam sinceritas tua ad tuae sedis examen jubebit adduci, quam sollemnibus satisfecerit, qui nititur fidem doloris adserere, cum juxta formam juris antiqui ei qui coeperit arguere aut vindicta proposita sit, si vera detulerit, aut supplicium, si fefellerit.

Die bisher geltenden Strafvorschriften scheinen zu milde gewesen zu sein, denn die Kaiser Gratianus, Valentinianus und Theodosius schreiben, wol veranlasst durch das immer häufiger werden der calumnia, die Bestrafung der Kalumniatoren auf das nachdrücklichste vor, in den beiden folgenden Konstitutionen aus den Jahren 381 und 382.

l. 8. C. 9. 46. Nostris et parentum nostrorum constitutionibus comprehensum est eos, qui accusationem alienis nominibus praesumpsissent, delatorum numero esse ducendos. Atque ideo calumniosissimum caput et personam judicio irritae delationis in-

famem supplicium sequatur, quo posthac singuli universique cognoscant non licere in eo quod non possit ostendi judicum animos commovere.

l. 9. C. 9. 46. Fallaciter incusantibus, maxime post exhibitionem accusati, nullius juris color velut derivata accusatione proficiat: non publica abolitio, non privata talibus prospiciat subveniatque personis: non specialis indulgentia, ne beneficium quidem eos generale subducat.

Endlich betonen Honorius und Theodosius nochmals die Strafbarkeit der calumnia im Jahre 423.

l. 10. C. 9. 46. Quisquis crimen intendit, non impunitam fore noverit licentiam mentiendi, cum calumniantes ad vindictam poscat similitudo supplicii.

Aus den Worten „similitudo supplicii" geht hervor, dass die Talion auch in der Mitte des 5. Jahrhunderts n. Chr. in Gebrauch war.

Zur Zeit des Codex Theodosianus trat eine Neuerung in dem bisher geltenden Rechtszustand ein, indem Ankläger wie Angeklagter in gleicher Weise in Haft gehalten wurden, bis das Schicksal des Prozesses entschieden war. Die auf die falsche Anklage gesetzte Strafe war auch hier wiederum die Talion.

c. 19. Cod. Theod. 9. 1. Accusationis ordinem jamdudum Legibus institutum servari jubemus: ut quicumque in discrimen capitis arcessitur, non statim reus qui accusari potuit, aestimetur, ne subjectam innocentiam faciamus: sed quisquis ille est qui crimen intendit, in judicium veniat; nomen rei indicet; vinculum inscriptionis accipiat; custodiae similitudinem, habita tamen dignitatis aestimatione, patiatur: nec impunitam fore noverit licentiam mentiendi, cum calumniantes ad vindictam poscat similitudo suplicii [1]).

Eine ähnliche Vorschrift findet sich in c. 11. Cod. Theod. 9. 1, nur dass hier von der similitudo custodiae keine Rede ist:

[1] Hänel, Codex Theodosianus. 1839. S. 821, 822.

Nullus, secundum juris perscribtum, crimen quod intendere proposuerit, exsequatur, nisi subeat inscriptionis vinculum: Etenim, qui alterius famam, fortunas, caput denique, et sanguinem in judicium devocaverit, sciat, sibi impendere congruam poenam, si quod intenderit, non probaverit [1]).

Diese Bestimmung ist dann auch in den codex Justinianus übergegangen in l. 17. C. 9. 2. Mit der eigentlichen calumnia beschäftigt sich der codex Theodosianus in Liber IX Titel 39 de calumniatoribus; calumnia ist hier aber nicht nur so viel wie falsche Anklage.

c. 1. Non est ratio, qua manifesti calumniatoris supplicium differatur. Nec enim patimur frequenter iterari, quae consistere prima actione non quiverint, atque alienam innocentiam securitatemque sine crimine, damnabili appetitione terreri [2]).

In c. 2 eod. enthält das Gesetzbuch die obige l. 8. Cod. 9. 46, nur dass an Stelle von „supplicium sequatur" „deportatio sequatur" steht.

Zweifelhaft bleibt dabei, wie sich die Strafe der Deportation zu der in c. 11, c. 19. 9. 1 angedrohten Talionstrafe verhält. Eine Antwort auf diese Frage wird durch die interpretatio zu Cod. Theod. 9. 1 gegeben, wo unter calumniatores folgende Leute verstanden werden:

Calumniatores sunt, quicumque causas ad se non pertinentes, sine mandato alterius proposuerunt. Calumniatores sunt, quicumque justo judicio victi, causam iterare tentaverint. Calumniatores sunt, quicumque quod ad illos non pertinet, petunt aut in judicio proponunt. Calumniatores sunt, qui sub nomine fisci facultates appetunt, alienos et innocentes quietos esse non permittunt. Calumniatores etiam sunt, qui falsa deferentes contra cujuscunque innocentis personam, principis animos ad iracundiam commovere praesumunt. Qui omnes infames effecti in exi-

[1]) Hänel, Codex Theodosianus. S. 815.
[2]) Hänel, Codex Theodosianus. S. 931.

lium detrudentur. Hic de jure addendum, qui calumniatores esse possunt [1])."

Der falsche Ankläger wird also mit der Talion, eines der vorgenannten Verbrechen mit dem Exil bestraft.

l. 3. eod. enthält noch folgende allgemeine Vorschrift:

Innocentes sub specie falsae criminationis non patimur callidorum impugnatione subverti: qui si temptaverint, intelligant sibimet severitatem legum pro commissis facinoribus incumbere [2]).

Das war der Stand der Dinge, als Justinian sein Gesetzeswerk begann. In diesem ist die calumnia im 16. Titel des 48. Buches ad senatusconsultum Turpillianum et de abolitione criminum behandelt. Dass das s. c. Turpillianum noch in Geltung war, beweist schon die Überschrift des Titels. Die calumnia wird definirt als falsa crimina intendere. Die Strafe wurde nach den Vorschriften der lex Remmia zuerkannt: calumniatoribus poena lege Remmia irrogatur (l. 1. § 2. D. 48. 16), nicht die Strafe der lex Remmia, da es sonst legis Remmiae heissen müsste. Welche Strafe dies ist, wird nicht unmittelbar gesagt; allein aus l. 3. D. h. t. darf der Schluss gezogen werden, dass der Grundsatz der Talion noch in Geltung war. Es enthält diese lex nemlich die Stelle aus den Sentenzen des Paulus mit der schon oben erwähnten Ausdehnung [3]). Wenn ein Ankläger seine Anklage nicht beweisen kann, dann hat der Richter zu untersuchen, ob jener nur in einem entschuldbaren Irrtum gehandelt hat, oder ob er absichtlich eine bewusst falsche Anklage erhob.

l. 1. § 3. D. h. t. Sed non utique qui non probat quod intendit protinus calumniari videtur; nam ejus rei inquisitio arbitrio cognoscentis committitur, qui reo absoluto de accusatoris incipit consilio quaerere, qua mente ductus ad accusationem processit, et

[1]) Hänel, Codex Theodosianus. S. 933.
[2]) Hänel, Codex Theodosianus. S. 932.
[3]) Siehe oben S. 7.

si quidem justum ejus errorem reppererit, absolvit eum, si vero in evidenti calumnia eum deprehenderit, legitimam poenam ei irrogat.

Schon die Worte des Urteils bestätigen dies, indem hier zwischen dem nicht bewiesen haben und der bewusst falschen Anklage unterschieden wird. In letzterem Fall hat die Strafe der calumnia einzutreten.

l. 1. § 4. D. 48. 16. Quorum alterutrum ipsis verbis pronuntiationis manifestatur. nam siquidem ita pronuntiaverit „non probasti", pepercit ei: sin autem pronuntiavit „calumniatus es", condemnavit eum et quamvis nihil de poena subjecerit, tamen legis potestas adversus eum exercebitur; nam ut Papinianus respondit, facti quidem quaestio in arbitrio est judicantis, poenae vero persecutio non ejus voluntati mandatur, sed legis auctoritati reservatur.

Erhebt jemand nur leichtsinnig eine falsche Anklage, so wird er deswegen nicht als calumniator verurteilt.

l. 1. § 5. D. 48. 16. Quaeri possit, si ita fuerit interlocutus: „Lucius Titius temere accusasse videtur", an calumniatorem pronuntiasse videatur. et Papinianus temeritatem facilitatis veniam continere et inconsultum calorem calumniae vitio carere et ob id hunc nullam poenam subire oportere.

Auch über Anstiftung und Beihülfe zum Verbrechen der calumnia finden sich in diesem Digestentitel Bestimmungen. Von der Anstiftung handelt ausführlich l. 1. § 13. D. 48. 16.

Incidit in hoc senatus consulto et qui accusatorem summittit aut instigat, aut qui mandat alicui et instruit eum ad accusationem capitalem dando probationes, allegando accusationes: et merito: nam diffidendo crimini quod movet et eximendo se periculo calumniae vel desertionis merito calumniantis et desistentis poenae subdi debuit, nisi subornatus accusator probaverit crimen quod intendere suscepit. nec interest, per se mandavit accusationem an per alium: verum hunc, qui hoc ministerio usus est ad mandandam accusationem, non ex verbis, sed ex sententia senatus consulti puniri Papinianus respondit. summissus enim accusator si-

militer eodem senatus consulto plectitur, id est propter hoc solum punitur, quod ministerium alieni timoris recepit.

Wegen Beihülfe zur calumnia tritt nur in einigen wenigen bestimmten Fällen Strafe ein:

l. 6. § 4. D. 48. 16. Calumniae causa puniuntur, qui in fraudem alicujus librum vel testimonium aliudve quid conquisisse vel scripsisse vel in judicium protulisse dicuntur.

Die Strafe des Anstifters und Gehülfen unterschied sich von der des eigentlichen Täters nicht. Von einem besonderen Fall handelt l. 11. D. 48. 16.

Quaerebatur, an hi, qui ab accusatione tempore exclusi essent, in senatus consultum Turpillianum inciderunt. respondit non oportere dubitari calumnia non puniri eos, qui praescriptione temporis exclusi causam adulterii perferre non potuerunt.

Ist also das Verbrechen, dessentwegen die Anklage erhoben wurde, schon verjährt, so darf der Ankläger nicht wegen calumnia gestraft werden. Ich nehme jedoch mit Raspe[1]) an, dass die Straflosigkeit nur auf den Fall bezogen werden kann, wo der Ankläger von der Verjährung keine Kenntnis hatte. Wusste er, dass das Verbrechen verjährt war, und erhob er dennoch die Anklage, lag bei ihm demnach dolus vor, dann trat die auf die calumnia gesetzte Strafe ein.

Von der Kalumnienstrafe waren einige Personen „exceptae personae“ ausgenommen[2]); der Grund dieser Befreiung lag entweder in einem besondern Verhältnis des Angeklagten zum Ankläger, oder in den Gründen, aus denen die Anklage erhoben wurde, z. B. l. 37. § 1. D. de min. 44:

. . . jure mariti sine calumnia vir accusare mulierem adulterii potest.

---

[1]) Raspe, Das Verbrechen der calumnia. S. 139.
[2]) Raspe, a. a. O. S. 152 ff.

Sine calumnia kann hier zweifellos nur den Sinn haben „ohne fürchten zu müssen, wegen calumnia gestraft zu werden, falls die Anklage sich als falsch erweisen sollte".

Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, dass die römische Jurisprudenz unseren heutigen Begriff der falschen Anschuldigung nicht kannte. Ob die blosse falsche Denuntiation, welche diesem am nächsten käme, unter Strafe gestellt war, darüber ist uns keine Kunde erhalten.

§ 2. Die Zeit der Volksrechte.

Unter den Volksrechten lehnen sich einige, wie im allgemeinen so auch darin an die römischen Rechtsquellen, im besondern an den codex Theodosianus an, dass sie deren Bestimmungen über die falsche Anklage aufnehmen. Die lex Romana Visigothorum übernimmt die oben angeführten Rechtsätze aus cod. Theod. lib. IX. tit. 39 wörtlich in lib. IX. tit. 29. Ausserdem enthält sie die Sentenzen des Paulus und unter diesen den titulus I. 5 de calumniatoribus:

> Calumniosus est, qui sciens prudensque per fraudem negotium alicui comparat. Et in privatis et in publicis judiciis omnes calumniosi extra ordinem pro qualitate admissi plectuntur.

Zu dem zweiten Satz hat die lex Rom. Vis. folgende Interpretation, welche wahrscheinlich ihren Entstehungsgrund darin hat, dass die Ansicht des Paulus von dem Interpretator nicht richtig verstanden wurde.

> Qui apud cunctos aut apud privatos judices fuerit de calumniae objectione convictus, non expectata ordinis sententia, prout causa fuerit, supplicio subdetur.

Die lex Romana Raetica Curiensis enthält in lib. IX. 39 de calumniatoribus die Interpretation des codex Theo-

dosianus[1]). In lib. XXIII. tit. 8, 1 findet sich folgende Definition des calumniator:

> Ille non est calumniator, qui inter duos homines contendentes de qualecumque rem justiciam dicit; sed ille est calumniator, qui rogitus aut per primias causa desertat[2]).

Eine weitere Definition nebst Strafbestimmung gibt lib. XXVII. tit. 6 de calumniatoribus:

> Hoc sunt calumniatores: omnes, qui, alteri homini causas conturbant pro malo ingenio, aut qui falsitatem de altero hominem sine culpa noceant. Illi qui hoc faciunt, aut in exsilio mittantur aut capite puniantur[3]).

Auch die Ostgoten entnahmen ihre Bestimmungen dem Rechte des codex Theodosianus. Wie dort wird im edictum Theoderici bestimmt, dass Ankläger und Angeklagter bis zum Ausgang des Prozesses gefangen gehalten werden sollen, einer von beiden verfällt dann auf jeden Fall der Strafe und zwar musste der Ankläger bei Beginn des Prozesses schriftlich sich verpflichten, dass er, wenn ihm der Beweis nicht gelänge, sich derselben Strafe unterziehen werde, welche den überführten Angeklagten getroffen hätte. Also auch hier das Talionsprinzip. Die Strafe des Anklägers ist ferner nur an das blosse Misslingen des Beweises geknüpft, dolus wird nicht erfordert. Ausserdem wird zwischen crimina minora und majora unterschieden; eine weitere Ausnahme tritt dann ein, wenn der Angeklagte eine vornehme Person ist.

> Edictum Theoderici cap. 13. Qui alterum quolibet crimine putaverit accusandum non prius audiatur, nec de exhibitione aliquid jubeatur, nisi se praemissae inscriptionis vinculis obligarit, et istud caverit apud competentem judicem, se eam poenam subiturum, si non probaverit, quod intersit, quam possit reus con-

[1]) Mon. Germ. hist. Leges V. S. 376.
[2]) Mon. Germ. hist. Leges V. S. 415.
[3]) Mon. Germ. hist. Leges V. S. 439.

victus secundum leges excipere. et usque ad eventum judicii tam reus quam accusator aequali custodiae sorte teneantur. Nisi forte aut minora sint crimina, in quibus fidejussor praeberi debeat, aut reus adeo nobilis vel splendidi honoris sit, ut suae committi debeat dignitati [1]).

Das edictum Theoderici geht übrigens auch gegen die falschen Denuntianten vor und zwar strenger als gegen einen falschen Ankläger.

cap. 35. Is qui quasi sub specie utilitatis publicae, ut sic necessarie faciat, delator existit, quem tamen nos execrari omnino profitemur, quamvis vel vera dicens legibus prohibeatur audiri: tamen si ea, quae ad aures publicas detulerit, inter acta constitutus non potuerit adprobare, flammis debeat absumi [2]).

cap. 50. Occultis secretisque delationibus nihil credi debet; sed eum qui aliquid defert, ad judicium venire convenit; ut si quod detulit, non potuerit adprobare, capitali subjaceat ultioni [3]).

Direkt auf den codex Theodosianus geht die lex Romana Burgundionum zurück.

Tit. VII de objectionibus criminum vel inscriptionibus ingenuorum sive servorum.

1. Si quis ingenuus ingenuo crimen intendens, quod objecit se scripserit probaturum, si probatio defuerit, inscribendi se cum eo, quem adcusat, corporali supplicio licentia non negetur, ita ut caput aut facultatem suam obliget, sicut lex Theudosiana libro nono sub titulo primo designat, quae ad Marianum vicarium Spaniae data est.

4. Quicumque vero calumniam criminis probatus fuerit objecisse, si objecta non convicerit, poena simili subjacebit, secundum legem Theudosiani libro nono quo supra ad consules praetores tribunis plebis et senatum datam [4]).

Beide Gesetze verweisen auf c. 19. Cod. Theod. 19. 1.

Die übrigen Volksrechte scheiden sich in solche,

---

[1]) Mon. Germ. hist. Leges V. S. 153.
[2]) Mon. Germ. hist. Leges V. S. 155.
[3]) Mon. Germ. hist. Leges V. S. 157.
[4]) Mon. Germ. hist. Leges III. S. 600.

welche den Grundsatz der Talion haben, ferner in solche, welche eine bestimmte Strafe auf die falsche Anklage setzen und endlich in solche, welche auf anderem Wege gegen sie vorgehen. Einige derselben haben keine Bestimmungen. Man strafte im älteren germanischen Recht die falsche Anklage als ein Verbrechen, welches einem andern böswilliger Weise einen erheblichen Schaden an Leib und Leben bereiten sollte[1]).

I. Wilda ist der Ansicht, dass der Grundsatz der Talion in das germanische Recht erst aus fremden Rechten eingedrungen sei. Ich nehme jedoch mit Osenbrüggen an, dass diese Ansicht zwar bei der lex Visigothorum richtig und von dieser in die lex Baiuwariorum übergegangen ist, ebenso bei der lex Burgundionum, dass dieselbe jedoch in den übrigen Gesetzen ursprüngliches Recht ist[2]). Dies geht schon aus dem von Wilda mitgeteiltem Rechtssatz hervor.

Mag. Gulath. M. c. 24. So ist für alle falsche Angeber festgesetzt, dass, wenn jemand beschuldigt und überführt wird, dass er jemanden beim König oder Bischof, Jarl oder Amtmann fälschlich angegeben hat, er mit derselben Strafe belegt werden soll, die jener, der angegeben worden, würde erlitten haben, wenn er der Sache schuldig gewesen wäre[3]).

Es ist kaum anzunehmen, dass die Talion in diesem Gesetz ihren Ursprung in fremden Rechten hat. Bemerkenswert ist, dass hier die falsche „Angebung" gestraft wird.

Die Talion für die falsche Anklage hat die lex Visigothorum.

l. Vis. lib. VII. tit. I, 5. Quicumque accusatur in crimine . . .: si vero innocens approbatur, de judicio securus abscedat. Ille

[1]) Wilda, Strafrecht der Germanen. S. 959.
[2]) Osenbrüggen, Rechtsgeschichtliche Studien. S. 163 f.
[3]) Wilda, Strafrecht der Germanen. S. 960.

vero qui accusavit, et poena et dampna suscipiat, quae debuit pati accusatus, si de crimine fuisset convictus [1]).

Das gleiche spricht lex Visigothorum VI. 1, 6 aus:

Ille (scil. accusator) hanc poenam in se suisque rebus suscipiat, qui hoc alium innocentem pati voluerit [2]). Man vergleiche hiezu lex Vis. VI. 4, 5 und VII. 1, 1.

Die lex Baiuwariorum enthält folgende ähnliche Bestimmung:

Lex Bai. IX. 18. Si quis contra caput alterius falsa sugesserit, vel pro quacumque invidia de injusta accusatione commoverit, ipse poenam vel damnum, quod alteri intulit, excipiat. Neminem damnes, antequam inquiras veritatem; scriptum est: Omnia autem probate, quod bonum est, tenete [3]).

Einen besondern Fall behandelt eine Stelle in der praefatio zur lex Burgundionum.

Hoc etiam inserentes, ut si forte judex in corruptione accusatus convinci nulla ratione potuerit, accusator simili poenae subjaceat, quam judicem corruptum praecipimus sustinere [4]).

Eigentümlich ist allen diesen Fällen, dass die falsche Anklage nicht dolos zu sein braucht, um gestraft zu werden; auch hier führt das blosse Misslingen des Beweises schon zur Bestrafung.

Endlich gehört hierher noch edicta Liutprandi 111:

Si quis servum aut haldionem alterius per conludium conpraehindere praesumpserit, dicendo quod super furtum suum conpraesisset aut tacito in curtem suam noctis tempore venisset, et conludius ipse apparuerit et certa fuerit veritas adprovata: conponat ipse, qui eum adpraehindere per talem ingenio praesumpserit, ei cujus fuerit servus aut haldius, quantum ipse conponere debuit, si absque conludium aut fraudem eum presisset, id est furtum ipsum, quod querebat, in actogild et pro inlecita praesumptionem solidos 40; et si furtum non repetierit, nisi de tacito

[1]) Walter, Corpus juris Germ. Bd. I. S. 560.
[2]) Walter, Corpus juris Germ. Bd. I. S. 541.
[3]) Mon. Germ. hist. Leges III. S. 306.
[4]) Mon. Germ. hist. Leges III. S. 527.

in curtem suam conpraehinsum dixerit, conponat solidos 40, si ipse conludius apparuerit.[1])

II. Das edictum Liutprandi nimmt unter den longobardischen Rechtsquellen eine Sonderstellung ein. Edictus Rothari 9 bestimmt, dass, wer beim Könige eines Kapitalverbrechens angeklagt ist, den Prozess durch gerichtlichen Zweikampf entscheiden könne. Unterliegt darin der Kläger und stellt es sich heraus, dass er eine böswillige Anklage erhoben hat, dann muss er das Wergeld zalen, zur Hälfte dem König und zur Hälfte dem fälschlich Angeklagten.

Si quis qualemcunque hominem ad regem incusaverit, quod animae pertineat periculum, liceat ei, qui accusatus fuerit, cum sacramentum satisfacere et se eduniare. Et si tales causa emerserit, et adest homo in praesenti, qui crimen mittat, liceat eum per camfionem, id est per pugnam, crimen ipsum desuper se, si potuerit, eicere. Et si ei probatum fuerit, aut det animam, aut qualiter regi placuerit, componat. Et si provare non potuerit, et cognoscitur dolose accusassit, tunc ipse qui accusavit et probare non potuit, wergild suo componat, medietatem regi et medietatem cui crimen injectum fuerit[2]).

Das Wergeld war ein Surrogat der Todesstrafe[3]), insofern könnte der letzte Satz eine Annäherung an die Talion darstellen[4]). Es ist jedoch daran festzuhalten, dass damit in erster Linie eine bestimmte Strafe für ein bestimmtes Vergehen festgesetzt sein soll. Eine Ausnahme gegenüber den bisher behandelten Volksrechten bildet dieser longobardische Rechtsatz insofern, als in ihm auf den dolus Gewicht gelegt wird; nur wenn der Ankläger die Anklage bewusst falsch erhoben hat, tritt die Strafe ein.

[1]) Mon. Germ. hist. Leges IV. S. 153.
[2]) Mon. Germ. hist. Leges IV. S. 13.
[3]) Schröder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte. S. 333.
[4]) Osenbrüggen, Strafrecht der Longobarden. S. 159, 160.

Der falschen Anklage bei Gericht wird es gleich geachtet, wenn ein Unschuldiger bei dem König angeschuldigt wird, namentlich wenn seine Abwesenheit dazu benützt wird, um seine Verurteilung herbeizuführen.

Lex Ribuaria 38. Si quis hominem innocentem ad regem accusaverit, sexaginta solidos culpabilis judicetur [1]).

Lex Salica tit. 18 de eo, qui hominem innocentem apud regem accusat.

1. Si quis hominem innocentem absentem apud regem accusaverit solidos LXII cum dimidio culpabilis judicetur.

2. Si vero tale crimen ei imputaverit, unde mori debuisset, si verum fuisset, ille qui eum accusaverit solidos CC culpabilis judicetur [2]).

Der zweite Satz ähnelt dem longobardischen Recht im edictus Rothari darin, dass bei einem Kapitalverbrechen der falsche Ankläger ebenfalls das Wergeld von 200 solidi zalen muss.

Lex Salica tit. 48 de falso testimonio.

1. Zus. 1. Si aliquis alicui jure inpotaverit quod perjurasset et non potuerit adprobare, qui inpotavit solidos XV culpabilis judicetur [3]).

Eine ähnliche Bestimmung aus dem nordgermanischen Recht teilt Wilda mit: [4])

Wenn jemand einen Mann bei dem König, dem Jarl oder einem Machthaber im Ausland fälschlich beschuldigt, so dass jener landflüchtig werden muss oder sein Gut verliert, so trifft ihn die geringere Friedlosigkeit.

III. Die lex Alamannorum Hlothari lässt in dem Fall, dass ein Freier einen Freien eines todeswürdigen Verbrechens anklagt und die Anklage nicht beweisen kann,

---

[1]) Mon. Germ. hist. Leges V. S. 233.
[2]) Behrend, Lex Salica. S. 24.
[3]) Behrend, Lex Salica. S. 64.
[4]) Wilda, Strafrecht der Germanen. S. 960.

den gerichtlichen Zweikampf zu. Bei geringeren Verbrechen bleibt die Entscheidung dem Herzog überlassen.

Lex Al. Hloth. 44. 1. Si quis liber liberum crimen aliquod, quod mortale, imposuerit et ad regem aut ad ducem rem accusaverit, et exinde probata res non est nisi quod ipse dicit: liceat illum alium, cui crimen imposuit, cum tracta spada exoniare se contra illum alium.

Lex Alam. Hloth. 44. 2. De minoribus autem culpis, sicut duci placet ita fiet inter eos [1]).

Die lex Frisionum hat keine Bestimmungen über die falsche Anklage. Das eine möge hier erwähnt werden, dass, wer einen andern Dieb gescholten hat, der muss, wenn die Beschuldigung falsch war und er im Gottesurteil des heissen Wassers überführt wurde, seine Hand mit 60 solidi lösen. .

Lex Fris. III. 9. Si vero is, qui alium furem interpellavit, falso eum calumniatus est, et in judicio fervendae aquae fuerit convictus, 60 solidis manum suam redimat [2]).

Calumniari hat hier nur die allgemeine Bedeutung von „anklagen". Das Wort calumnia findet sich in den Volksrechten öfter, hat dann aber meistens den Sinn „Nachteil, Schaden", so lex Burgundionum.

Dass im ältern germanischen Recht nicht nur Klagen, die den Vorwurf einer unrechten Tat des Beklagten, und somit bereits durch ihre Anstellung eine persönliche Verletzung in sich schliessen, nicht nur solche, welche, wie beim Anefang, durch ihre Anstellung bereits einen tatsächlichen Eingriff in die Vermögenssphäre des Gegners mit sich bringen, sondern überhaupt auch jede Klage, welche nur auf Verwirklichung einer angeblich noch nicht erfüllten Verpflichtung oder auf Beseitigung eines angeblich

[1]) Mon. Germ. hist. Leges III. S. 60.
[2]) Mon. Germ. hist. Leges III. S. 662.

widerrechtlichen äussern Zustandes abzielt, und welche somit erst in ihrem beabsichtigten Erfolge zu einem gewissermassen in sich abgeschlossenen Unrecht führen würde, schon wegen des auf jenes Unrecht hinwirkenden, in rechtlicher Form vorgebrachten, und damit das entgegenstehende Recht in seinem sicheren Bestande beeinträchtigenden Klagebegehrens als eine partielle Verletzung dieses Gegenrechtes angesehen, und deshalb mit Strafe belegt wurde, ist von Löning nachgewiesen worden [1]).

Die Kapitulariengesetzgebung hat wenig Anlass gefunden, sich mit der falschen Anklage zu beschäftigen. Die Kapitularien zur lex Salica enthalten feste Strafdrohungen für die fälschliche Beschuldigung, einen Meineid geschworen und falsches Zeugnis abgegeben zu haben.

V. Capitulare zur lex Salica.

15. Si quis alterum imputaverit perjurasse et ei potuerit probare, 15 solidos componat qui perjurat; si tamen non potuerit adprobare, cui crimen dixit 15 solidos solvat.

16. De eo qui de falso testimonio fuerit conprobatus. Si qui falsi testes fuerit adprobati, quinos dinos solidos multos sustineat; si vero eis inculpaverit quod falsum testimonium dedissent, manum suam in ineum mittat: et sicut sana tulerit, sicut superius diximus, simili multa sustineant; si certe manum suam comburet, 15 solidos damnum sustineat [2]).

Es tritt in diesen Fällen wiederum das Talionsprinzip zu Tage. Bei der Anschuldigung wegen falschen Zeugnisses wird der Beweis durch Gottesurteil geliefert.

Häufiger ist die falsche Anklage bei Benedictus Levita erwähnt. Einmal ist bei ihm der schon oben angeführte Titel 9, 18 der lex Baiuwariorum wörtlich übernommen in lib. I. cap. 350, welches die Überschrift „de

[1]) Löning, Der Vertragsbruch im deutschen Recht. 1876. S. 570 ff.
[2]) Behrend, Lex Salica. S. 112.

eo, qui contra caput alterius falsa suggesserit" führt. Des weiteren wird bestimmt, dass, wer einen fremden Sklaven fälschlich anklagt, seinem Herrn zur Sühne einen andern Sklaven geben muss, ebenso wenn der Sklave in Folge der falschen Anklage gefoltert wurde. Ist der Sklave während der Folterung gestorben, dann hat er seinem Herrn zwei Sklaven von derselben Güte als Ersatz zu geben.

Lib. I. cap. 352. Ut si quis servum injuste accusaverit alienum, domino simile mancipium pro hoc facto reddat. Si quis servum injuste accusaverit alienum, et innocenter tormenta pertulerit, domino simile mancipium pro hoc facto reddat. Si vero innocens in tormento mortuus fuerit, duos servos ejusdem meriti sine dilatione domino restituat [1]).

Ferner wird in folgenden Kapitularien die Talionstrafe ausgesprochen.

Lib. III. cap. 253. Quod eandem poenam passurus sit accusator, si convincere accusatum non potuerit, quam reus passurus erat.

Poenam quam reus passurus erat, accusator excipiat, si convincere eum non potuerit. Nemo potest debitorem plus agnoscere, quam ille, qui injuriae sustinuit nequitiam [2]).

Lib. III. cap. 365. Ut qui objecerint, scribant se probaturos. Et ut ibi causa agatur, ubi crimen admissum esse dinoscitur.

Qui crimen obicit, scribat se probaturum. Revera ut ibi causa agatur, ubi crimen admittitur; et qui non probaverit quod objeciti poenam, quam intulerit ipse patiatur [3]).

Auch gegen die falschen Angeber wird streng vorgegangen.

Lib. III. cap. 360. De delatoribus quid agendum sit, vel qu. sint delatores.

Delatori aut lingua capuletur, aut convicto caput amputetur, Delatores autem sunt, qui invidia produnt alios [4]).

---

[1]) Mon. Germ. hist. Leges II. 2. S. 67.
[2]) Mon. Germ. hist. Leges II. 2. S. 118.
[3]) Mon. Germ. hist. Leges II. 2. S. 124.
[4]) Mon. Germ. hist. Leges II. 2. S. 124.

Wenn jemand im Zorn einem andern ein Verbrechen vorgeworfen hat, ohne ihn dessen anzuklagen, so wird dieser Vorwurf nicht einer falschen Anklage gleichgeachtet und eine Frist gewährt, in der jener sich schriftlich verpflichten soll, seinen Vorwurf zu beweisen. Wiederholt er seinen Vorwurf schriftlich nicht, dann hat er keine Strafe zu gewärtigen.

Lib. III. cap. 364. De his, qui irati crimen aliquod cuilibet dixerint, si postea resipiscentes hoc perficere noluerint, quid agendum sit.

Si quis iratus crimen aliquod cuilibet temere objecerit, convitium non est pro accusatione habendum. Sed permisso tractandi spatio, id quod iratus dixit, per scriptum se probaturum esse fateatur; ut si fortasse resipiscens post iracundiam iterare ac scribere noluerit, non ut reus criminis teneatur [1]).

Anhangsweise möge hier auch auf die formulae Turonenses eingegangen werden, die sich an die lex Romana Visigothorum und mit dieser an den codex Theodosianus anlehnen und die schriftliche Verpflichtung bei Beginn des Prozesses vorschreiben.

Form. Tur. 29. Et si de homicidio accusatio processerit, secundum hanc scriptionem inscriptio celebretur: Quicumque alium de homicidii crimine periculosa vel capitali objectione pulsaverit, non prius a judicibus audiatur, quam se similem poenam, quam reo intendit, conscripserit subiturum. Et si servus alienus accusandus esse crediderit, se simili inscriptione constringat, futurum, ut aut supplicio innocentem servorum aut poenam capitis sui aut facultatum amissione compenset [2]).

Die Periode der Volksrechte wird von der Talion beherrscht, nur wenige Ausnahmen treten hervor. Dass die vorhandenen Bestimmungen genügten, zeigt sich darin, dass die falsche Anklage in der Gesetzgebung der frän-

[1]) Mon. Germ. hist. Leges II. 2. S. 124.
[2]) Mon. Germ. hist. Legum sectio V. S. 152.

kischen Kaiser fast gänzlich fehlt. Die Talion hat sich auf jeden Fall unverändert bis in die Zeit der Rechtsbücher und Stadtrechte erhalten, in der sie in den Rechtsquellen wieder mehrfach erwähnt wird.

§ 3. Das kanonische Recht[1]).

Das kanonische Recht hat für die falsche Anklage zum Teil ebenfalls die Bestrafung nach dem Grundsatz der Talion angenommen. Eine allgemeine Norm spricht c. 1. C. 5. q. 6 aus.

Omnis qui aliis falsa intulerit, puniatur, et pro falsitate ferat infamiam.

Die Talion verhängen folgende Rechtsätze:

c. 2. C. 5. q. 6. Qui calumniam illatam non probat, poenam debet incurrere, quam si probasset, reus utique sustineret.

c. 2. C. 3. q. 3. Si accusator in accusatione defecerit, talionem recipiat.

Calumpniator, si in accusatione defecerit, talionem recipiat.

c. 3. C. 3. q. 3. Qui non probaverit quod objecerit, penam, quam ipse intulerit, patiatur.

Ausserdem kann über Laien auch die Pönitenz verhängt werden.

c. 7. C. 5. q. 6. Si quis falsum dixerit vel personam innocentis falso crimine maculaverit, juxta sacerdotis arbitrium diuturna poenitentia expurgetur.

Falsche Anklage gegen Geistliche zieht kirchliche Strafen nach sich.

c. 4. C. 3. q. 3. De his, qui falsis criminibus aliquem impetunt.

Si quis episcopum, aut presbiterum, aut diaconem falsis criminibus appetierit, et probare non potuerit, nec in finem dandam ei communionem censemus.

c. 8. C. 5. q. 6. Si quis vero saecularium per calumniam ecclesiam aut clericum fatigare tentaverit, et convictus fuerit, ab eccle-

[1]) Siehe auch Katz, Ein Grundriss des kanonischen Strafrechts. 1881. S. 145, 146.

siae liminibus et a catholicorum communione, nisi digne poenituerit, coërceatur.

Falsche Denuntianten werden mit der Infamie bestraft

c. 1. C. 3. q. 3. Si quis circa hujusmodi personas non probanda detulerit, auctoritate hujus sanctionis intelligat se jacturam infamiae sustinere, ut dampno pudoris et estimationis dispendio discat, sibi alienae verecundiae impune insidiari de cetero non licere.

c. 5. C. 3. q. 3 entspricht dem oben angeführten lib. III. cap. 364 aus Benedictus Levita.

Decretal. Gregor. IX. lib. V. Tit. II de calumniatoribus enthält die Vorschriften über Geistliche, welche eine kalumniöse Anklage erhoben haben oder denen als Denunzianten eines Verbrechens der Beweis misslang. Hier die Überschriften:

cap. 1. Subdiaconus, calumniose accusans diaconum, subdiaconatu privatur, et publice verberibus castigatur, et in exsilium mittitur.

Ähnlich c. 3. C. V. q. 6.

cap. 2. Denunciator, in probatione criminis deficiens, ab officio et beneficio suspenditur, donec innocentiam suam purget.

Decretum Ivonis cap. 240 stimmt mit c. 4. C. 4. q. 3, und cap. 324 mit c. 5. C. 3. q. 3 überein; an letzteres schliesst sich noch an:

Omnis ergo qui crimen objecit, scribat se probaturum. Revera ibi semper causa agatur, ubi crimen admittitur. Et qui non probaverit, quod objecit, poenam quam intulerit ipse patiatur (= c. 3. C. 3. q. 3).

Auf dem dritten lateranischen Konzil im Jahre 1179 wurden Vorschriften über das juramentum calumniae gegeben[1]).

§ 4. Das Recht des späteren Mittelalters.

1. Verhältnismässig spärlich wird die falsche Anklage in den Rechten des späteren Mittelalters erwähnt.

[1]) Mansi, Conciliorum collectio. Bd. XXII. S. 260, 362—364.

Auch hier wird in den meisten Fällen der Ankläger schon dann bestraft, wenn er das nicht beweisen konnte, was der Inhalt seiner Anklage war. Allerdings waren in dieser Zeit auch Bestimmungen gegen die falsche Anklage weniger notwendig, da das Beweissystem des damaligen Strafprozesses seine Besonderheiten aufweist. Der Angeklagte konnte durch Gottesurteil oder durch Zeugenbeweis seine Unschuld dartun. Gelang ihm dies, so war damit die Anklage grundlos, es erschien aber meist nicht tunlich, den Ankläger deswegen, weil er im Beweis unterlegen war, zu bestrafen. Es finden sich daher nur in wenigen Rechten Strafen für solche Fälle festgesetzt. Der Stadtrechtssbrief von Wesel aus dem Jare 1277 bestimmt für einen speziellen Fall:

§ 13. Si quis extraneus aliquem civem impetierit pro gravi causa, scil. pro homicidio vel furto vel in casibus similibus qui tangunt causam mortis vel periculum honoris, et in probatione defecerit, vadiabit Judici duodecim libras, unicuique Scabino libram unam, praeterea cuilibet burgensi, qui ad annos discretionis pervenerit, sex denarios leves [1]).

Rechtsbrief für Deutschbrod vom 8. Juni 1278:

§ 6. Item qui aliquem pro defloratione virginis vel violatione mulieris vel invasione domus vel homicidio vel pro hiis similibus coram judicio in querimoniam traxerit et in ipsum predictos articulos probare non poterit testimonio antedicto, judici in pena 60 solidorum subjacebit, respondenti in 30 solidorum, cuilibet juratorum in 15 solidorum. Nichil relaxandum. Si autem sine testimonio querimoniam predictorum articulorum quis in alium moverit, respondens se una manu expurgabit; actor quoque nulli pene subjacebit [2]).

§ 32. Item qui aliquem pro homicidio vel pro vulnere, quod cedit ad duellum, in querimoniam traxerit, et si conquerens in

[1]) Gengler, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters. S. 513.
[2]) Gengler, Corpus juris municipalis. 1863. S. 744.

eum probare non poterit, judici satisfaciet in 60 solidos et cuilibet juratorum in 15 et liber dicatur [1]).

Auch die Coutumes de Beaumont, welche das Stammrecht für eine grosse Anzahl französischer Stadtrechte wurden, bestrafen die falsche Anklage.

XXIII. Clamans de omni falso clamore tres solidos solvet: domino duos solidos, majori sex denarios et sex innocenti [2]).

Auf privatrechtlichem Gebiete werden von demselben Rechte falsche Erbschaftsklagen unter Strafe gestellt.

XXIV. De hereditate falso clamans viginti solidos solvet: domino decem octo solidos, majori duodecim denarios et juratis duodecim [3]).

Dem falschen Ankläger können überdies die Prozesskosten auferlegt werden.

XXIX. Si quis de alienae domui incendio vel de homicidio quoquomodo facto vel de raptu alium accusaverit, si de expensis et de hoc quod judicatum fuerit, fidejussores dederit, viginti solidos solvet: et si accusatus in judicio solutus fuerit, accusator judici expensas solvet: et novem libras [4]).

Wer einen Bürger wegen Meineids anklagte und diese Anklage nicht mit 7 Zeugen beweisen konnte, der sollte nach einigen Stadtrechten „unsere (scil. des Königs) Hulde verlorn han".

Stadtrecht von Kolmar von 1293.

29. Swer einen burger zihet daz er meineide si, mag er des niht bereden mit siben burgern daz das war si, so sol er unser hulde verlorn han [5]).

Ebenso Stadtrecht von Dattenried im Suntgau.

29. Quicumque aliquem burgensem dicti oppidi incusat de

[1]) Gengler, Codex juris municipalis. S. 745.
[2]) Le tiers état d'après la charte de Beaumont et ses filiales par Édouard Bonvalot. 1884. S. 103.
[3]) Bonvalot, a. a. O. S. 103.
[4]) Bonvalot, a. a. O. S. 104.
[5]) Gaupp, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters. Bd. I. S. 120.

perjurio, nec eum septem burgensium testimonio de perjurio potest convincere, sciat se gratiam nostram amisisse [1]).

Es kam auch vor, dass der Ankläger bei Beginn des Prozesses schwören musste, dass er keinen Unschuldigen vor Gericht bringe, ohne dass eine Strafe festgesetzt wurde, wenn dieser Eid falsch war.

Rechtsbrief des Erzbischofs Siegfried von Köln für Lechnich vom 15. September 1279.

§ 11. Item quicumque conqueri volunt de eo, quod dicitur Hogerichte, primo jurabunt tactis reliquiis coram judice, quod nullum innocentem trahant ad judicium super hoc, nec causam illius facti imponant innocenti [2]).

Dieser Reinigungseid weist einige Ähnlichkeiten mit dem römischen juramentum calumniae auf. Ein juramentum calumniae schreiben direkt die coutumes de Toulouse vom 6. Februar 1286 vor.

Tit. XIII de juramento calumniae.

21. Noverint etc., quod usus et consuetudo est Tholose quod in curia Consulum Tholose partes jurant ante litis contestationem quod dicant veritatem et stent seu pareant cognitioni Consulum; et aliud juramentum calumnie non prestatur nisi primum ut dictum est vel diffinitum [3]).

Mehrfach wird der aussergerichtliche Vorwurf eines Verbrechens unter Strafe gestellt.

Rechts- und Freiheitsbrief Kaiser Maximilian I. für Dinkelsbühl vom 4. Mai 1494.

§ 7. Swer ouch den andern bediupset oder diep heizet vrevenlichen, der sol ein halb jar von der stat sin, unde git vier pfunt heller, dem anklager als vil unde dem amman siniu reht.

§ 9. Swer ouch den andern mordaer heizet, der sol ein halb jar von der stat sin, unde git vier pfunt heller, dem anklager als vil unde dem amman siniu reht [4]).

[1]) Gaupp, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters. Bd. II. S. 181.
[2]) Gengler, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters. S. 243.
[3]) Tardif, Coutumes de Toulouse. S. 16.
[4]) Gengler, Codex juris municipalis. S. 788.

Stadtrecht von Augsburg vom Jahre 1276.

Art. 54. Swaer dem andern miscet einen hurrensun, der ist, dem vogte ainez phundes darumbe schuldik. Schiltet aber er in von der cristenheit, daz ist ob er in heizzet einen zohensun oder merhensun, mussensun, ketzer, meineide, oder einen diup oder einen viertäter oder einen rauber oder einen boesenwiht oder anderiu scheltwort diu den man von sinen eren sagent, der sol dem clager bezzern als er stat an im vindet, unde dem vogte eins phundes. Wolte aber der clager niht redelicher bezzerunge, so sol es danne an den ratgaeben sten die danne des klainen rates sind [1]).

Weininger Amtsrecht vom 17. April 1637.

Art. 17. Wann auch ein Persohn der anderen zuredte und an synen Ehren schulte, soelliches aber nit uff sy erwysen, und bringen moechte, alsdann soll die Persohn, so die zured gethan den Vogtherren Saechs pfund zu Buss und fraeuel verfallen syn. Es moechte auch einer dermassen reden und handeln, man liesse sich ein Recht hierumb erkhennen [2]).

Das Wädenschweiler Herrschaftsrecht vom 21. Mai 1593 bestimmt in Art. 37, dass der falsche Anschuldiger nach „gstaltsame der sachen" gestraft werden solle [3]). Auch im französischen Recht finden sich hierhergehörige Bestimmungen, so in den Coutumes de Martel von 1219:

Quicumque extraneus aut privatus, in villa Martelli, objiciet in aliquem aliquod crimen mortale, quod verum non esset, VII solidos dabit vicecomiti, et fiet jus clamanti [4]).

Ein solcher Vorwurf wird auch einer Injurie gleich geachtet, wobei ein Unterschied gemacht wird, ob der Beleidiger hohen oder niedern Standes ist. Coutumes de Montpellier von 1204.

[1]) Meyer, Das Stadtbuch von Augsburg, insbesondere das Stadtrecht vom Jahre 1276. 1872. S. 124.

[2]) Schauberg, Beiträge zur Kunde und Fortbildung der züricherischen Rechtspflege. 3. Bd. 1842. S. 404.

[3]) Schauberg, Beiträge. 3. Bd. S. 407. Anm.

[4]) Giraud, Essai sur l'histoire du droit français au moyen age. Bd. I. S. 80.

22. Non omnia conviscia et contumeliae quae verbis sollummodo fiunt, audiuntur in curia, nisi personae monuerint judicem; praetereum quis ad contumeliam vocat aliquem malservum, vel proditorem, vel traditorem, vel furem probatum, vel perjurum, vel si uxoratam vel viduam vocaverit meretricem, nisi ea probare poterit, vel si fustigatam vel fustigatum post justitiam factam appellaverit, vel si quis christianum vel christianam de progenie sarracenorum vel judeorum, sarracenum vel judeum appellaverit, vel aliquem christianum alium; haec utique convitia quae percussionibus et concussionibus fere aequantur, arbitretur curia pro qualitate et dignitate personarum; et si quis ea vel aliquid eorum dixerit, injuriarum teneatur, et quantum per sententiam et compositionem praestiterit injuriam passo tantum et non plus teneatur pro justitia curiae; sed inde possit fieri remissio voluntate curiae; sed si vilis persona ea dixerit probo homini, det justitiam in verberando corpore, si averum non habet [1]).

Hiebei tritt die Talion auf. Die coutumes de Carcassone enthalten die obige Stelle aus den coutumes de Montpellier und haben folgenden Zusatz:

Tamen qui vocaverit aliquem hereticum, si probare non poterit, sit in pena quod ille fuerat, si probaret [2]).

Zwischen der Talionstrafe und dem Eid des Anklägers, dass er den Vorwurf nur im Zorn gemacht habe, lassen die usatici Barchinone von 1068 die Wahl.

Us. Barch. 20. Et si quis ad aliquem criminalem folliam dixerit et eam illi probare noluerit, vel non potuerit, aut juret illi per sacramentum quod illam folliam per iram dixerit et non pro veritate, quam inde sciret, aut emendet illi tantum, quantum per illam folliam perderet, si vera esset [3]).

Die Talion steht auch auf der förmlichen Anklage, wenn sie sich nicht als richtig erweist. Stadtrodel von Freiburg im Breisgau aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts.

[1]) Giraud, Essai sur l'histoire. Bd. I. S. 53.
[2]) Giraud, Essai sur l'histoire. Bd. I. S. 53.
[3]) Giraud, Essai sur l'histoire. Bd. II. S. 469.

§ 75. Cum autem aliquis sanguinolentus efficitur, si conqueri vult, pulset campanam, ad cujus sonitum XXV venire tenentur, qui lesum lavabunt. et si fuerit ibi plaga sanguinis reus pene supradicte subjacebit. sin autem, id est, si plaga sanguinis inventa non fuerit, ille qui pulsaverat, rei penam sustinebit [1]).

Rechtsbrief des Bischofs Gebhard von Ployen für Passau vom 29. März 1225.

§ 11. Quicumque movet querimoniam adversus aliquem, eo quod in ipso treugas violaverit civitatis, si conquerens hoc legitime non valuerit probare, vice illius, de quo movit querimoniam, treugas civitatis statuimus, ut debeat emendare [2]).

Berlinisches Stadtbuch von 1397.

Scheldet auer ymant den ander met worden die an lif, eren, an werk vnd gute gan, und bekennet die ouersegger der wort vor dem gerichte, vnd kan der rede nicht met rechte tu jenen bringen, he mut liden, dat jene solde geleden hebben, ofte sy tu em bracht weren, oder he mut sy schemeliken vorbuten, met der hand vor synen munt met eme slage vnd sal spreken: „mund, don do dat sprekest, don logest du di wort"; sodan blift der erlos und nicht rechtelos [3]).

Verordnung für Eiderstedt vom 1. September 1651.

§ 5. Wann auch jemand einen andern gerichtlich über Injurien oder sonsten verklaget und nicht beweiset, soll derselbe in ermangelnden Beweises für das delictum so er angegeben, selbsten büssen und di Brüche erlegen [4]).

Am häufigsten wird die falsche Anschuldigung in den schweizerischen Rechtsquellen erwähnt. Auch hier ist es meistens die Talion, die als Strafe auf dem Delikt steht; man bediente sich dafür des Ausdrucks „in den Fussstapfen stan" oder „an siner stat stan".

Kyburger Öffnung von 1506.

---

[1]) Gaupp, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters. Bd. II. S. 37.
[2]) Gengler, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters. S. 345.
[3]) Fidicin, Historisch-diplomatische Beiträge zur Geschichte der Stadt Berlin. 1. Teil. Berlinisches Stadtbuch. S. 136.
[4]) v. Schirach, Handbuch des schleswigschen Kriminalrechts. S. 570.

§ 6. Wer ouch den andern man oder frouwen schuldiget und ziehet, das im ere libe oder glid antrifft, und das uff die selben Personen, so er geschuldiget hat, nit bringt, der oder die sol in sölicher geschuldigotten personen fussstapffen stan, und alles das darumb dulden und liden, das sy geduldet und gelitten müstend haben, ob es uff sy gebracht worden wäre [1]).

Ebenso Öffnung und Richtung des Twinghofs zu Neerach Art. 16 [2]).

Ordnung der Gericht, Freuel und Bussen im Dinghof zum Muttenz.

4. Wern auch sach das yemand den andern solicher yetzgemelter ubeltat und sachen schuldigete und sprech er wolte In des wisen und aber das nit tete der sol an sin stat stan und denn gericht werden als die geschicht ist die er dem andern geschuldiget hatte und Inn sin fuss stapffen stan und liden das er gelitten solt han [3]).

Ähnlich Statut für Luzern vom 15. März 1373 [4]).

Vogteioffnung von Stammheim.

§ 17. Wellicher einen verclagt gegen minen herren von Zürich oder irem vogt, und sich der antwurter mit recht erwert, so sol der, so clagt hat, in des fuoss stapfen stan, der verclagt ist [5]).

Ähnlich Landbuch von Gaster Art. 42 [6]).

In der Schweiz erhielt sich die Talionstrafe bis in das vorige und sogar in dieses Jahrhundert hinein. Des Zusammenhangs halber führe ich einige der betreffenden Stellen gleich hier an. Schwyzer Landsgemeindbeschluss von 1701.

Im Fahl Einer den andern umb Ciuvil old Criminal verklagt und solches nit probieren könnte, solle der Kleger in die fuess

[1]) Grimm, Weisthümer. 1. Teil. S. 18.

[2]) Schauberg, Beiträge zur Kunde und Fortbildung der zürcherischen Rechtspflege. 3. Bd. S. 404.

[3]) Zeitschrift für schweizerisches Recht. Bd. III. 1854. S. 13.

[4]) v. Segesser, Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Luzern. 3. Bd. 1854. S. 617.

[5]) Osenbrüggen, Strafrecht der Alemannen. S. 268.

[6]) Blumer, Staats- und Rechtsgeschichte der schweizerischen Demokratien. 1. Teil 1850. S. 539 Anm.

Stapffen gestelt und umb den fähler So er den andern Verklagt gebührend abgestrafft werden [1]).

Nidwaldens Landbuch von 1731.

Welcher Einen zu Unrecht leidete, und sich dass mit guter kundschafft befunde, so soll der die Buoss geben der einen zu Unrächt geleidet hat, der sol Einem sein fuoss stapffen verträtten umb Ehr und guoth [2]).

Berner Gerichtssatzung von 1761, IV. 2. 13.

Wann Jemand einen Andern rechtlich eines Frevels beklagt und dann einen solchen Frevel nach Form Rechtens nicht beweisen mag, so soll der, so sich dergestalt überclagt hätte, in des andern Fussstapfen treten und die Strafen, die schuldigen Falls dem Beklagten auferlegt worden wäre, selbst abtragen und leiden [3]).

Landbuch von Uri von 1823.

Art. 267. Wenn ein Kläger ohne Grund, falsch, oder ohne den Beweis machen zu können, klagt, soll er in die Fussstapfen des Beklagten gestellt, und so behandelt werden [4]).

Aus dem schweizerischen Recht wird wahrscheinlich auch nachfolgende Bestimmung der Landesordnung der fürstlichen Grafschaft Tirol von 1558 stammen; wenigstens spricht hiefür der Umstand, dass die Talionstrafe ebenfalls mit dem Ausdrucke „in des Klägers Fussstapfen gestellt werden" umschrieben wird.

8. Buch 27. Titel, da einer den andern seiner ehren beschuldigt und darauf verhart.

Welicher den andern bedechtlich Diebstals oder anderer ubeltat und ehrrürender sachen beschuldigt, und daruff im rechten verhart, und das zu Recht nicht genung darbringt, der soll mit urthell verfellt werden, das er dem Gegentheil eintweders ein offenen widerspruch thun, oder in des klagers Fussstapffen (ob

[1]) Blumer, Staats- und Rechtsgeschichte der schweizerischen Demokratien. II. Teil. Die neuere Zeit. 2. Bd. 1859. S. 24.
[2]) Blumer, a. a. O. S. 24.
[3]) Blumer, a. a. O. S. 24.
[4]) Blumer, a. a. O. S. 24 Anm.

derselb ein sölcher erfunden und uberwiesen worden were) gestellt werden, Welches under diesen zweyen Straffen der klager im Recht begert hat: Doch wo die beschicht auss zorn oder kleinfügen geringen ursachen entsprungen were, So soll die messigung des klagers begerten straff zu erkantnuss des Richters und der Geschworenen stehn [1]).

Ein dem juramentum calumniae ähnlicher Eid ist in derselben Landesordnung Buch II Titel 34 vorgeschrieben.

II. Die Rechtsbücher geben uns sehr wenig Anhaltspunkte, ob und wie man gegen falsche Ankläger vorging. Der Sachsenspiegel spricht nur von dem Falle, dass jemand einen andern verwundet oder tötet und dann vor Gericht beweisen will, dass jener ein Friedebrecher gewesen sei. Misslingt dieser Beweis, so erleidet der Ankläger die Strafe für das Verbrechen, das er an ihm begangen hat.

Sachsenspiegel I. 50 § 1. Swer ouch den andern wundet oder totet, und in gevangen vor gerichte vuret, und zu einem vredebrechere bereden wil, en volkumt her des nicht, her is selber verwunden des ungerichtes, daz er an ime getan hat [2]).

Siehe auch Ssp. I. 69.

Der Schwabenspiegel schreibt die Talionstrafe vor, wenn in einem besondern Falle jemand fälschlich den Vorwurf des Diebstals macht.

Schwabenspiegel 231. Unde ist daz ein man bi liuten sitzet, unde er hat in sinen biutele pfenninge, unde er snidet sin selbes biutel abe unde birget den, unde zihet des die bi im sint gesezen; oder er nimet die pfenninge uz dem biutel und zihet si habens im genomen: man sol der Liute eit dar umbe nemen; ez si danne daz man si in irre gewalt begrife mit so getanem urkünde, daz si sin niht gelongen mügen. so rihte man si als reht si. unde vindet man aber bi in rith, unde ist ir sehzic oder mer:

[1]) Landssordnung der Fürstlichen Graffschafft Tirol. Insprug 1558. Blatt 94.

[2]) Homeyer, Des Sachsenspiegels 1. Teil. S. 76.

man sol in selben dar umbe haben. unde also sol man rihten umbe alles das guot daz der man im selben stilt. daz ist von der grozen valscheit, daz er ander liute gehoenet hat, unde den ir lip wolde nemen [1]).

Wer einem andern aussergerichtlich fälschlich den Vorwurf macht, er habe ein Verbrechen begangen, den trifft nach dem kleinen Kaiserrecht die Strafe der Talion.

cap. 21. Von eyme, der laster up den andern saget.

Sagt ein mensche ein laster uf daz ander, der sal es mit rechten gezugen zu bringen; tut er dez nit, man sal das laster an im richten, glicherwise als er selber es getan heite. Sint gesc. stet: wer unschulde zu schulden wil machen, den sal man richten nach der schulde [2]).

§ 5. Italienische und holländische Schriftsteller.

Bevor ich an die Darstellung des nach der Carolina geltenden Rechts und der daran sich anschliessenden Entwicklung herantrete, will ich noch einen Blick auf die italienische und holländische strafrechtliche Litteratur und deren Hauptvertreter werfen.

Die italienischen Schriftsteller lehnen sich in ihren Ausführungen über die calumnia zum grössten Teil an das römische Recht und zwar an die Digesten Justinians an.

Aegidius Bossius gibt sehr ausführliche Bestimmungen über calumnia, aus denen ich die wichtigsten hier hervorhebe. Definirt wird die calumnia wie in l. 1. D. 48. 16.

Titulus de praevaricatoribus, calumniatoribus, tergiversatoribus [3]).

7. Calumniatores vero ii sunt, qui falsa crimina scienter intendunt. (Hinzugesetzt ist hiebei scienter).

Die Strafe ist hier nicht die Talion, sondern eine willkürliche.

8. Scias poenam calumniatoris in effectu esse arbitraria.

[1]) Lassberg, Der Schwabenspiegel. S. 106.
[2]) Endemann, Das kleine Kaiserrecht. S. 54.
[3]) Aegidius Bossius, Tractatus varii Lugduni 1562. S. 404, 405.

Dasselbe wie für den eigentlichen Kalumniator gilt auch für den Anstifter.

9. Et quod dico de calumniatore idem procedit in instigatore et pluribus modis quis dicitur instigator.

Neben der Strafe wird der Kalumniator auch verurteilt, dem Angeklagten die Auslagen zu ersetzen.

Titulus de accusatione 27. Calumniator condemnatur et ad poenam et ad expensas [1]).

Gegen den, der wegen calumnia freigesprochen wurde, steht immer noch die actio injuriarum zu.

20. . . . . quia etiam in causis in quibus quis esset excusatus a calumnia, non esset excusatus ab actione injuriarum [2]).

Den falschen Denunzianten trifft die auf das falsum gesetzte Strafe.

Titulus de denuntiatione. 15. Denuntiator dolose falsum denuntians punitur poena falsi [3]).

Auf die lex Remmia wird von Decianus verwiesen.

Lib. VIII. cap. 24. De Legibus repetundarum.

Nr. 11. Et quia crimen hoc publicum ac non leve erat, gravesque poenae fuerant ob id indictae, ideo C. Memmius Trib. pleb. calumniatores hujus criminis puniendos lege obtinuit [4]).

Memmius ist eine öfter vorkommende unrichtige Lesart für Remmius.

Ausserdem wird dem, der einmal eine dolos falsche Anklage erhoben hat, das Recht abgesprochen, wieder anklagen zu können.

Lib. III. cap. 22. Nr. 2. Calumniose qui aliquem semel accusavit, et condemnatus sit, ab accusando rejicitur. Semel igitur calumniatus, id est, qui aliquem calumniose accusavit, et de calumnia condemnatus sit, repellitur ab accusando, quia praesumetur etiam nunc calumniari [5]).

---

[1]) Aegidius Bossius, Tractatus varii. S. 99.
[2]) Aegidius Bossius, Tractatus varii. S. 98.
[3]) Aegidius Bossius, Tractatus varii. S. 104.
[4]) Decianus, Tractatus criminalis. Francfurt 1591. Liber VIII, S. 65.
[5]) Decianus, Tractatus criminalis. Liber III. S. 145.

Julius Clarus unterscheidet zwischen einer calumnia vera und einer calumnia praesumpta.

Liber V. §. Fin. Quaestio 62. Pro resolutione hujus articuli scire debes, quod duplex est calumnia, vera scilicet, et praesumpta. Vera calumnia dicitur, quando quis sciens, aut scire debens aliquem esse innocentem, proponit contra eum accusationem, aut querelam. Praesumpta autem calumnia est, quando accusator non probat delictum, vel quando post coeptum judicium ab accusatione desistit: nam his casibus praesumitur calumniari, ut infra statim dixi [1]).

Der zweite Fall der praesumpta calumnia entspricht der tergiversatio des römischen Rechts.

Nur bei der vera calumnia wird der Ankläger zu den expensis et damnis verurteilt, nicht bei der praesumpta calumnia. Um über den Kalumniator abzuurteilen, bedarf es keines neuen Prozesses.

Sed quaero, numquid calumniator possit in eodem judicio condemnari, an autem opus sit de novo processu. Respondeo quod potest etiam in eadem sententia condemnari, in uno contextu [2]).

Von den holländischen juristischen Schriftstellern hat namentlich Damhouder auf die deutsche Literatur Einfluss gewonnen, weshalb es gerechtfertigt erscheint, ihn hier mit heranzuziehen. Sein Hauptwerk „Praxis rerum criminalium" enthält das cap. 128 de calumnia, welches ich hier vollständig anführe.

1. Calumniam jura vocant, aliquem malitiose et scienter in justitia accusare et deferre, de rebus falsis et vanissimis et non probabilibus, quaeque umquam contigerunt. Aut in justitia sustinere pro vero et aequo, quod scivit esse falsum, et iniquum. Aut est dissimulare, subticere, et nolle proferre ad justitiam crimen, quod punitioni subjectum est [3]).

[1]) Julius Clarus, Opera omnia sive practica civilis atque criminalis. Genevae 1666. S. 740.

[2]) Julius Clarus, Opera omnia. S. 741.

[3]) Damhouder, Praxis rerum criminalium. 2. Ausgabe. Antwerpen 1562. S. 370.

Hiernach ist die calumnia ein sehr ausgedehnter Begriff. Es gehört dazu nicht nur die falsche Anklage und die falsche Denuntiation, sondern auch das Aufrechthalten einer falschen Behauptung vor Gericht, die der Ankläger zu Anfang für wichtig gehalten haben mag, ebenso das Verbergen und Verschweigen eines Verbrechens.

2. Poena autem calumniarum est arbitraria, ad discretionem judicis, pro qualitate personarum et enormitate aut levitate calumniae et rerum, sic ut videat quid calumniatorem moverit, et induxerit, ut alteri talem inferret calumniam. Nam si ex simplicitate eam tantum intenderit, putans sibi juris potiora debere cedere, non suo adversario: eo in casu certe non est censendus calumniam struxisse [1]).

Die Kalumnienstrafe ist also willkürlich, wobei der Richter auf den Stand der Personen, auf die Schwere der Anschuldigung und auf das Motiv des Kalumniator Rücksicht nehmen soll. Glaubte dieser aus Unwissenheit, dass das Recht auf seiner Seite wäre, dann soll von calumnia keine Rede sein. Damit ist m. E. ausgesprochen, dass calumnia nur dann vorliegt, wenn die böse Absicht des Anklägers erwiesen ist, d. h. wenn er wusste, dass er einen Unschuldigen anklage. Dies wird durch folgendes bestätigt:

3. Oportet enim calumniam semper conjunctam esse cum notitia injuriae alterius. Hic autem notandum illud juramentum, quod vocant juramentum calumniae aut de calumnia. Est enim juramentum praestare de calumnia, bona fide jurare, quod sine fictione putet et arbitretur se habere bonam et justam causam, et alterum iniquam, ob quam eum provocet in justitiam [2]).

Hier taucht also das römische juramentum calumniae wieder auf; dasselbe ist jedoch lediglich als historische Bemerkung aufzufassen, eine praktische Anwendung wird es damals auf keinen Fall gefunden haben.

---

[1]) Damhouder, Praxis rerum criminalium. S. 376.
[2]) Damhouder, Praxis rerum criminalium. S. 376.

Die Kalumniatoren werden von Antonius Matthäus zu denen gerechnet, welche nicht anklagen können. Über calumnia bemerkt er folgendes:

Tit. XVII caput III. 1 de calumnia accusatoris.

Si absolvat reum judex, etiam de calumnia accusatoris statuere debet. Calumniator est, qui sciens dolo malo falsum crimen intendit; qui ex constitutionibus talionem patitur, edicto praetoris infamiam incurrit. Olim lege Remmia, vel, quae verisimilior lectio, Memmia litera K. fronti inurebatur[1]).

Die Definition der calumnia ist hier die römischrechtliche, wie auch die Vorschrift, dass der Richter nach Freisprechung des Anklagten untersuchen muss, ob der Ankläger sich einer calumnia schuldig gemacht hat.

§ 6. Die Carolina und das gemeine deutsche Strafrecht.

Die Gesetzgebung des 15. und 16. Jahrhunderts in Deutschland und Österreich kennt weder ein Verbrechen der falschen Anklage noch ein Verbrechen der falschen Denuntiation.

I. Die Carolina droht nur für den Fall Strafe an, dass jemand in einer anonymen Schmähschrift einem andern etwas fälschlich vorwirft, was ihm, wenn es wahr wäre, eine Strafe an Leib, Leben oder Ehre einbringen würde. Strafe ist die Talion.

Carolina Art. 110. Straff schrifftlicher unrechtlicher peinlicher schmehung.

Item welcher jemandt durch schmachschrifft zu latein libel famoss genant, die er ausbreittet unnd sich nach ordnung der recht mit seinem rechten tauff und zunamen nit underschreibt, unrechtlicher unschuldiger weiss laster und übel zumist, wo die mit warheyt erfunden würden, dass der geschmecht an seinem leib, leben oder ehren peinlich gestrafft werden möcht, der selbig

[1]) Antonius Matthaeus, De criminibus ad Lib. 47 et 48 Dig. Comentarius. Editio quinta. Antwerpen 1761. S. 568 ff.

boshafftig lesterer soll nach erfindung solcher übelthat als die recht sagen, mit der peen, inn welche er den unschuldigen geschmechten durch sein böse unwarhafftige lesterschrift hat bringen wöllen, gestrafft werden. Und ob sich auch gleichwol die auffgelegt schmach der zugemessen that inn der warheit erfünde, soll dannoch der ausrueffer solcher schmach nach vermog der recht und ermessung des richters gestrafft werden[1]).

Die Bamberger und Brandenburger Halsgerichtsordnung haben in Art. 134 dieselbe Bestimmung, nur fehlt bei ihnen der Satz „Und ob . . . .", nach welchem in der Carolina sogar der mit (willkürlicher) Strafe belegt wird, welcher eine anonyme Schmähschrift verfasst, die einen wahren Vorwurf enthält. Die Worte „laster und übel" sind in dem Sinn von Verbrechen zu nehmen, wie sie auch von den Kommentatoren der Carolina jederzeit verstanden worden sind. Art. 110 begreift die falsche Denuntiation in sich, soweit sie anonym ist oder mit einem falschen Namen unterschrieben ist. Hat der Verfasser der Schmähschrift seinen richtigen Namen darunter gesetzt, dann kann Art. 110 keine Anwendung finden; über Verleumdung, an die in diesem Falle noch zu denken wäre, hat die Carolina keine Bestimmungen.

Nach Art. 12 der Carolina musste ferner der Ankläger, wenn er seine Anklage nicht genugsam beweisen konnte, die „kosten, so darauff gangen ist, auch dem beklagten, umb sein zugefügte schmache und schaden abtrag thun wölle, alle nach burgerlicher rechtlicher erkantnuss" ersetzen[2]).

Die strafrechtlichen Schriftsteller der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts begnügen sich meistens damit, den Art. 110 der Carolina in die lateinische Sprache zu übersetzen

[1]) Zöpfl, Die peinliche Gerichtsordnung Karl's V. 2. Ausgabe. S. 95.
[2]) Zöpfl, Die peinliche Gerichtsordnung Karl's V. S. 21.

und einige wertlose Bemerkungen daran zu knüpfen, wobei, wie schon bemerkt, stets nur von dem Vorwurf eines „crimen“ die Rede ist. Über falsche Anklage oder falsche Angeberei schweigen sie sich aus.

So Gobler in seiner interpretatio constitutionis criminalis Carolinae 110.

> Quisquis aliquem malitioso et infami scripto (Latini famosum libellum vocant) publicato, seu ex ordine juris nomen proprium et cognomen non subscribens inique praeterque culpam imfamat, atque ejusmodi crimen impingit, quo vere cognito, diffamatus poenam corporis, vitae aut honoris capitalem laturus esset, is maliciosus utique ac nefarius criminator seu calumniator, post tale compertum maleficium (ut jura canunt) eadem poena, in quam suo falso et famoso scripto innocentem et infamia notatum conjicere voluit, conripiendus erit ac puniendus [1]).

Ähnlich spricht sich Matthäus Stephanus in seinem Kommentar zur Carolina aus, ad. Art. 110.

> Denique ut capitalis famosi libelli poena habeat locum, necesse est, tale delictum alicui imputatum esse, quod mortem mereatur, Art. 110, ubi diffamanti eadem poena imponitur, quam delictum imputatum importat. Quoniam vetus est haec calumniae poena, ut ad poenam illam trahat similitudo supplicii [2]).

Stephanus nimmt hier bei der Strafe der Talion Anlass, der calumnia zu erwähnen, während er sonst von der calumnia nicht spricht. Wahrscheinlich betrachtet er den famosus libellus als eine Unterart der calumnia und erklärt hieraus, dass die Talion auf die Schmähschrift als Strafe gesetzt sei.

Derselben Ansicht wie die beiden genannten Carolina-Kommentatoren sind bei dem Art. 110 der Carolina Vigelius [3])

---

[1]) Gobler, Interpretatio constitutionis criminalis Carolinae. Herausgegeben von Abegg. Heidelberg 1837. S. 122.

[2]) Matthaeus Stephanus, Caroli V. constitutiones publicorum judiciorum. Frankfurt 1626. S. 194.

[3]) Nicolaus Vigelius, Constitutiones Carolinae. Basel 1613.

und Clasen[1]), der dabei die Handlung dessen, der die Schmähschrift verfasst, calumnia nennt.

Von den juristischen Schriftstellern dieses Zeitraums ist hier noch zu erwähnen Bocer, der in seinem Kommentar zur lex unica Codicis de famosis libellis wenigstens in folgender Stelle der Carolina folgt:

Cap. V. 17. Quod si famoso in libello, cui autoris non est descriptum nomen, innocenti alicui imputatum sit crimen, cui non mortis, sed alia proposita est poena, tunc eadem plecti poena debet author illius famosi libelli, qua diffamatus afficeretur, si crimen ei objectum verum probaretur[2]).

Abseits von diesen Schriftstellern steht Petus Theodoricus, der sich offenbar auf römisches Recht stützt, wenn er sagt, dass bei Freisprechung des Angeklagten der Ankläger wegen Kalumnie oder leichtfertiger Anklage zu bestrafen ist, falls sich seine Schuld herausstellt.

Collegium criminale Disp. IV. Thesis VII.

Finis accusationis est, ut crimina ad vindictam publicam et communem rei publicae salutem puniantur, effectus ut ea impleta aut derelicta reus absolvatur: Accusator vero ratione circumstantiarum suae calumniae aut temeritatis poenam luat. non enim semper accusator accusatione non impleta punitur, sed eo saltem casu, quo deficit in probatione. Tunc namque sustinet poenam calumniatoribus praestitutam puta talionis in judicio ordinario et arbitrariam in extraordinario[3]).

Carpzov sagt zwar in seiner Definition des famosus libellus „compositio in scriptis facta ejus, quod autor probare non vult, ad infamiam alicujus, in publico loco occulto nomine adfixa", nicht direkt, dass in der Schmähschrift ein Verbrechen vorgeworfen sein müsse, es geht dies jedoch aus

---

[1]) Clasen, Commentarius in Constitutiones criminales Caroli V. 1685. In: Abegg, Gobleri interpetatio const. crim. Carol. S. 122.

[2]) Henrici Boceri Commentarius in L. un. C. de famosis libellis, Tübingen 1611. S. 112.

[3]) Petus Theodoricus, Collegium criminale. Jena 1618. fol. 61.

einer andern Stelle hervor, wo er die Talion als Strafe der Schmähschrift anführt.

Pars II. quaestio 98. Nr. 14. Quod scilicet in foro etiam Saxonico famosi libelli sive pasquilli compositor, tali teneatur poena, quam delictum in pasquillo alteri imputatum importat [1]).

An anderer Stelle verlangt Carpzov, dass der Ankläger dem Angeklagten allen Schaden und alle Auslagen ersetzen müsse, wenn dessen Unschuld sich erweisen würde, und zwar muss er schon bei Beginn des Prozesses Sicherheit dafür leisten.

Pars III. Qu. 106. Nr. 39. Alterum substantiale processus ordinarii in causis criminalibus et accusatoris satisdatio de sumptibus litis et injuria. Non enim sufficit, libellum offerri accusatorium, sed accusator, priusquam litis contestatio accusato imponatur, cavere debet pro reconventione et expensis; ne innocentia accusati vim calumniae patiatur, sed is, deducta innocentia, iniuriam sibi illatam, debito modo vindicare sumptusque repetere queat [2]).

Ob der falsche Ankläger ausserdem eine Strafe erleiden musste, geht aus Karpzovs Ausführungen nicht hervor. Er sagt weiter nur, dass die Talion abgekommen sei, damit Niemand aus Furcht es unterlasse, eine Anklage zu erheben [3]).

Nr. 45 ff. eod. verweisen ausserdem auf Carolina Art. 12 [4]). Der Grundsatz, dass der Ankläger für Schaden und Auslagen im Falle des Misslingens des Beweises aufkommen müsse, wird auch in Qu. 138. Nr. 5 ausgesprochen [5]).

Nichts wesentlich Neues bringt Berlich bei, der sich ziemlich ausführlich über den libellus famosus verbreitet.

[1]) Carpzov, Practica nova imperialis Saxonica rerum criminalium in partes tres divisa. Wittenberg 1652. S. 417.
[2]) Carpzov, Practica nova. S. 48.
[3]) Carpzov, Practica nova. Pars III. Qu. 106. Nr. 40.
[4]) Carpzov, Practica nova. S. 49.
[5]) Carpzov, Practica nova. S. 313.

Interessant ist bei ihm die Unterscheidung, die er zwischen der Schmähschrift und der schriftlichen Injurie macht.

Pars V. concl. 67, 38 . . . . . praeter alias differentias libellus famosus et injuria scripta recte etiam in eo differunt, quod injuria scripta sit et esse possit, si quis aliquem in privatis litteris, ad suum amicum scriptis, diffamet et quaedam crimina objiciat, vel in libello judici et in judicio porrecto, quaedam falsa de quopiam spargit [1]).

Augenfällig ist hier die Verwantschaft zwischen dem libellus famosus und unserer heutigen falschen Anschuldigung. Auf demselben Standpunkt wie die bisher besprochenen Schriftsteller stehen Blumblacher [2]), Kress [3]) Frölichs von Frölichsburg [4]), G. J. F. Meister [5]) und J. S. F. Böhmer [6]), indem sie sich an Art. 110 der Carolina anschliessen und diesen erklären. Nur Kress erwähnt speziell die Kalumniatoren.

Notae ad art. VI. § 2. Anm. Definiuntur, qui scienter dolo malo falso crimen intendunt [7]).

Also die Definition des römischen Rechts. Ferner sagt Frölichs von Frölichsburg, IV. Buch 23. Titel.

Die Kalumnianten müssen den Angeklagten und unschuldig absolvierten alle verursachten Schaden, Schmach, Ausgaben und Interesse widerkehren. Aber einer Obrigkeit liegt ob, der gleichen Kalumnianten mit gebührender herrschaftlicher Straff herüberzuziehen [8]).

---

[1]) Berlich, Conclusiones practicabiles. Nova editio. Leipzig 1643. S. 165.

[2]) Blumblacher, Commentarius in Kayser Karl des 5. und dess h. röm. Reichs peinliche Halsgerichtsordnung. Salzburg 1704. S. 220.

[3]) Kress, Commentatio succincta in constitutionem criminalem Caroli V. imperatoris. Hannover 1760. S. 299.

[4]) Frölichs de Frölichsburg, Commentarius In Kayser Karl des Fünfften und dess h. röm. Reichs peinliche H. G. O. Ulm 1709. S. 339.

[5]) G. I. F. Meister, Principia juris crim. Germaniae communis. 1790. S. 158, 160.

[6]) J. S. F. Böhmer, Meditationes in constitutionem criminalem Carolinam. 1774. S. 354—356.

[7]) Kress, Commentatio succincta. S. 32. 33.

[8]) Frölichs von Frölichsburg, Commentarius. S. 339.

II. Die Gesetzgebung des 18. Jahrhunderts steht noch immer unter dem Einfluss der Carolina. Ein eigenes Delikt der falschen Anschuldigung ist noch nicht ausgebildet, sondern es wird der Vorwurf eines Verbrechens, einerlei ob er gerichtlich oder aussergerichtlich gemacht wird, in gleicher Weise gestraft.

Codex juris Bavarici criminalis vom Jahre 1751. 1. Teil. 8. Kap. § 11.

> Wer jemand an seiner Ehr und guten Leumuth, durch offentliche Schmähschriften, Gemählde, oder dergleichen Pasquillen verdeckter Weis angreift, und solche entweder selbst zusammenschmiedet, oder an offenen Orten anschlägt, oder sonst unter die Leute aussprenget, wird mit dem Schwerdt am Leben bestraft, wofern die ausgesprengte Übelthat an sich kapital wäre. Hätten sie aber nur ein Leibes- oder Ehrenstraf auf sich, so soll die nämliche Straf den Pasquillanten betreffen [1]).

Es tritt also Talionstrafe ein. Weiter bestimmt das gleiche Gesetzbuch, dass eine ermässigte Strafe eintreten solle, wenn das vorgeworfene Verbrechen wahr gewesen wäre.

Die Constitutio Theresiana von 1761 unterscheidet in Art. 100, welcher von „Unbilden, Schmachhändeln, Verläumdungen" handelt, zwischen zwei Fällen. Wer einem andern „niedere Verbrechen oder Gebrechen der Natur" vorwirft, der wird nach § 3 nur auf Antrag bestraft, dagegen bestimmt § 4:

> Da wer Jemanden gerichtlich, oder aussergerichtlich eines halsgerichtlichen Verbrechens fürsetzlich und boshaftig beschuldiget, und solche Beschuldigung sodann falsch befunden wird; diese sind landgerichtlich vorzunehmen und nach aller Schärffe zu bestrafen [2]).

Die falsche Anschuldigung wird also hier zu den

[1]) Codex juris Bavarici criminalis de anno 1751. 2. Auflage. München 1771.

[2]) Constitutio Criminalis Theresiana. Wien 1769. S. 271.

Delikten gerechnet, die gegen die Ehre gerichtet sind. Ebenso stellt sie das Kriminalgesetzbuch Josef II. von 1787 unter die „Kriminalverbrechen, welche auf die Ehre unmittelbare Beziehung haben". Dasselbe bestraft einerseits diejenigen, welche einem andern wider besseres Wissen eine gesetzwidrige Handlung andichten, anderseits die, welche einen andern wegen einer gesetzwidrigen Handlung anklagen, ohne die Anklage durchführen zu können.

§ 127. Der Verläumdung als eines Criminalverbrechens macht sich schuldig, wer von jemanden in der sträflichen Absicht, ihm Schaden zuzufügen, Vortheile, die dieser erwarten konnte, abzuwenden, ihm in seinem Rechte Eintrag zu thun, oder ihm sonst Unrecht zuzufügen, ein Verbrechen oder eine gesetzwidrige Handlung angiebt, von deren Gewissheit er nicht überzeugt ist, ausgenommen der Thäter stellte sich vor der rechtmässigen Obrigkeit als Ankläger gegen denjenigen, wider welchen die Angabe gerichtet ist.

§ 128. Dieses Verbrechens ist auch derjenige schuldig, der, wenn er sich auch vor der rechtmässigen Obrigkeit stellet, und Jemanden eines Verbrechens oder einer gesetzwidrigen Handlung angeklaget hat, weder die Wahrheit seiner Anklage beweisen, noch einen hinlänglichen Grund, warum er dieselbe unternommen, anführen kann[1]).

Der Ausdruck „falsche Anschuldigung" tritt zuerst im allgemeinen Landrecht für die preussischen Staaten von 1791 auf. Es hat nicht die reine Talion, aber einen ähnlichen Grundsatz, indem der falsche Anschuldiger die Hälfte der Strafe erleiden soll, die der Angeschuldigte im Falle der Wahrheit der Anschuldigung hätte erleiden müssen; in einigen Fällen tritt jedoch die reine Talion ein. Das Delikt erscheint hier unter den „Beschädigungen des Vermögens durch strafbaren Eigennutz und Betrug."

[1]) Josephs des zweyten römischen Kaisers Geseze und Verfassungen im Justizfache. Prag und Wien 1788. 3. Fortsetzung. S. 32.

§ 1431. Wer jemanden wissentlich ohne Grund eines Verbrechens beschuldigt, soll in der Regel die Hälfte der Strafe erdulden, welche den Denunziaten getroffen haben würde, wenn die Beschuldigung wäre wahr befunden worden.

§ 1432. Ist der Denunziat zufolge der falschen Denuntiation unschuldig bestraft worden, so soll den Denuncianten diejenige Strafe treffen, welche der Denunciat schon wirklich erlitten hat; insofern nicht nach § 1431 eine härtere Strafe eintreten würde.

§ 1433. Ist der eines todeswürdigen Verbrechens Angeschuldigte im Arrest, an einer dadurch veranlassten oder tödtlich gewordenen Krankheit gestorben: so hat der falsche Denunciant lebenswierige, im Falle der befolgten Hinrichtung aber, eine gleiche Todesstrafe verwirkt.

§ 1434. Ist der Angeklagte, gegen welchen Todes- oder lebenswierige Festungs- oder Zuchthausstrafe erkannt worden, oder unter vorausgesetzter Wahrheit der Denunciation hätte erkannt werden müssen, noch am Leben: so hat der Denunciant zehnjährige bis lebenswierige Festungs- oder Zuchthausstrafe verwirkt.

Das Strafgesetzbuch für das Königreich Baiern vom Jahre 1813 stellt die hiehergehörigen Delikte unter die „Beeinträchtigung fremder Rechte durch Betrug". Allgemein spricht es sich in Art. 284 aus, dass wer einem andern wissentlich und fälschlich eine Handlung andichtet, welche in dem Gesetzbuche für ein Verbrechen oder Vergehen erklärt ist, der Verläumdung (Calumnia) schuldig wird. Nach Art. 285 soll in allen Verläumdungsfällen der Verläumder zu gerichtlichem Widerrufe angehalten und die erwiesene Unwahrheit der Ausstreuung auf Verlangen des Beleidigten öffentlich bekannt gemacht werden. Art. 286 handelt von der aussergerichtlichen Verläumdung, Art. 288 von der gerichtlichen Verläumdung durch falsche Denuntiation und lautet:

Wer, um über einen Unschuldigen Untersuchung und Strafe zu bringen, denselben bei der Obrigkeit eines Verbrechens be-

schuldigt oder unwahre Verdachtsgründe, welche eine Untersuchung wider denselben veranlassen können, fälschlich vorbringt, solcher falsche Denuntiant soll I. wenn auf das angeschuldete Verbrechen Zuchthaus oder noch schwerere Strafe gesetzt ist, zu drei- bis sechsjährigem Arbeitshause; II. wenn auf dem angeschuldigten Verbrechen Arbeitshaus steht, zu ein- bis dreijährigem Arbeitshaus verurteilt werden.

Während hier ein „Verbrechen" angedichtet werden muss, verlangt Art. 394 die Andichtung eines „Vergehens", in Zusammenstellung mit falschem Zeugnis.

Wer, um einen Unschuldigen in Untersuchung oder Strafe zu bringen, denselben vor Gericht wegen einer Handlung fälschlich anzeigt, die nach diesem Gesetzbuche als Vergehen zu bestrafen ist, oder in solcher Sache ein falsches jedoch nicht eidliches Zeugniss gibt, soll wegen solcher falschen Anzeige, oder solchen falschen Zeugnisses zu dreimonatlichem bis einjährigem Gefängnisse verurteilt werden.

In beiden Fällen wird als Motiv der falschen Anzeige verlangt, „um einen Unschuldigen in Untersuchung oder Strafe zu bringen".

Das oldenburgische Strafgesetzbuch von 1814 schliesst sich in Art. 290, 291 und 293 dem bairischen an.

III. Während so die Gesetzgebung nur den Fall unter Strafe stellt, dass jemand einem andern fälschlich ein Verbrechen andichtet durch gerichtliche Anzeige, wendet sich die strafrechtliche Litteratur vornehmlich dem Verbrechen der falschen Anklage zu, wobei der Einfluss des römischen Rechts unverkennbar ist. Eine herrschende Ansicht hat sich unter den Schriftstellern nicht gebildet. Das Verbrechen wird entweder fälschliche, peinliche Anklage oder Kalumnie genannt und Kalumniatoren heissen diejenigen, welche andere wissentlich und fälschlich eines Verbrechens anklagen; die Unschuld des Angeklagten muss dem Ankläger bekannt sein. Über die Stellung des

Delikts im System gehen die Meinungen jedoch stark auseinander. Die einen stellen die falsche Anklage zu den Vergehen wider die Ehre, so Feuerbach[1]), Tittmann[2]) und Jenull[3]), die andern rechnen sie zu den Vergehen wider Treue und Glauben und Redlichkeit, so Henke[4]), Heffter[5]), Bauer[6]) und Klenze[7]), andere endlich stellen sie zu Fälschung und Betrug, so Grolmann[8]), Rosshirt[9]), Abegg[10]), Marezoll[11]) und Schirach[12]). Während die einen kein Motiv für nötig halten, verlangen die andern, dass die falsche Anklage erhoben wird, um gegen den Angeklagten Untersuchung und Strafe herbeizuführen, zu diesen gehören Steltzer[13]), Henke und Marezoll. Ferner machen einige Schriftsteller die Bestrafung des falschen Anklägers davon abhängig, dass in Folge der Anklage ein Strafverfahren gegen den fälschlich Angeklagten stattgefunden hat, so Feuerbach, Bauer und Abegg. Als Strafe wird zu Anfang des Jahrhunderts noch die Talion genannt, später tritt meist willkürliche Strafe an deren

[1]) Feuerbach, Lehrbuch des gemeinen in Deutschland gültigen peinlichen Rechts. 2. Aufl. Giessen 1803. S. 393.

[2]) Tittmann, Handbuch des gemeinen deutschen Strafrechts. Halle 1809. S. 58, 59.

[3]) Jenull, Das österreichische Kriminalrecht. 2. Theil. Gratz 1809. S. 383 ff.

[4]) Henke, Handbuch des Criminalrechts und der Criminalpolitik. 3. Bd. Berlin und Stettin 1830. S. 724—726.

[5]) Heffter, Lehrbuch des gemeinen deutschen Criminalrechts. Halle 1833. S. 424.

[6]) Bauer, Lehrbuch des Strafrechts. 2. Aufl. Göttingen 1833. S. 447, 448.

[7]) Klenze, Lehrbuch des gemeinen Strafrechts. Berlin 1833. S. 225.

[8]) v. Grolmann, Grundsätze der Kriminalrechtswissenschaft. 3. Aufl. Giessen 1818. S. 339.

[9]) Rosshirt, Lehrbuch des Kriminalrechts. Heidelberg 1821. S. 529.

[10]) Abegg, Lehrbuch der Strafrechtswissenschaft. Neustadt a/Orla 1836. S. 298.

[11]) Marezoll, Das gemeine deutsche Strafrecht als Grundlage der neuen Strafgesetzgebungen. Leipzig 1841. S. 464, 465.

[12]) v. Schirach, Handbuch des holsteinischen Kriminalrechts. Altona 1828. S. 656.

[13]) Steltzer, Lehrbuch des teutschen Criminalrechts. Halle 1793. S. 343, 344.

Stelle, indem die Talion von der Praxis aufgegeben wurde[1]). Es kommt sogar noch vor, dass in einigen Lehrbüchern die römischrechtliche Unterscheidung zwischen crimina publica und extraordinaria gemacht wird; die fälschliche Anklage wegen eines crimen publicum zieht die Talionstrafe, wegen eines crimen extraordinarium poena arbitraria nach sich. Zu bemerken ist noch, dass Tittmann dem fälschlich Angeklagten gegen den Ankläger die Injurienklage zugesteht und dass Grolmann, Bauer, Heffter und Abegg die falsche Denuntiation der Kalumnie gleich setzen. Schliesslich füge ich noch die Ausführungen Feuerbachs als des vornehmsten Vertreters der strafrechtlichen Litteratur jenes Zeitraums über die Kalumnie hier an:

> § 429. Die Calumnie wird zunächst von demjenigen begangen, der einen andern fälschlich eines Verbrechens anklagt und kann sowohl von einem öffentlichen Ankläger (einem Fiscal) als auch von einem Privatkläger begangen werden. Eine fälschliche Denuntiation ist blos ein gemeines falsum. Das Verbrechen setzt voraus: 1) dass der Angeklagte des Verbrechens nicht überwiesen und 2) die Anklage mit dem Bewusstsein, dass der Beklagte unschuldig sey, unternommen worden ist. Die Strafe der Calumnie ist, wenn die Strafe des angeschuldigten Verbrechens bestimmt ist, die Talion; ist die Strafe des Verbrechens unbestimmt, so ist auch die Strafe der Calumnie willkührlich. Dem falschen Ankläger ist derjenige gleich, der ihn angestellt hat, denn dieser auctor ist intellectualis[2]).

IV. Auf einen andern Standpunkt stellt sich die Gesetzgebung seit dem Ende der dreissiger Jahre dieses Jahrhunderts. Nicht die Kalumnie, nicht die falsche Anklage ist es, die von ihr mit Strafe bedroht wird, sondern

[1]) Kersting, Das Strafrecht in Kurhessen. 2. Bd. Rinteln 1854. S. 608, 609.

[2]) Feuerbach, Lehrbuch des gemeinen in Deutschland gültigen peinlichen Rechts. 2. Aufl. Giessen 1803. S. 393.

die falsche Denuntiation. Diese wird aber weitaus in den meisten Fällen noch zu den Vergehen gegen die Ehre gerechnet, so von den Strafgesetzbüchern für Sachsen (1838, Art. 197), Würtemberg (1839, Art. 288), Hessen (1840, Art. 303), Baden (1845, Art. 284), Nassau (1849, Art. 296), Thüringen (1850, Art. 188), Anhalt (1850, Art. 188), Österreich (1852, Art. 209 und 210) und Sachsen (1855, Art. 236), nur in Braunschweig (1840, Art. 144) und Hannover (1840, Art. 217) zu denen gegen Treue und Glauben. Die Benennung des Delikts ist falsche Anzeige oder falsche Beschuldigung, im Strafgesetzbuch für Würtemberg von 1839 und für Österreich von 1852 Verleumdung. Die Absicht des falschen Anklägers, gegen den Angeklagten eine Untersuchung und Strafe zu veranlassen, wird in sämtlichen Gesetzen verlangt. Neben der falschen Anzeige wird es oft als Fall der Verläumdung bestraft, wenn jemand einen andern wissentlich falsch einer verbrecherischen Handlung beschuldigt, welche, wenn sie wahr wäre, denselben in der öffentlichen Meinung verächtlich machen würde, so Strafgesetzbuch für das Grossherzogtum Hessen Art. 304.

Das erste Gesetz, welches die falsche Anschuldigung als eigenes Delikt behandelt, ist das Strafgesetzbuch für die preussischen Staaten vom 14. April 1851 im 9. Titel § 133, 134.

> Wer bei einer öffentlichen Behörde eine Anzeige macht, durch welche er Jemanden wider besseres Wissen der Verübung einer gesetzlich strafbaren Handlung oder der Verletzung der Amtspflichten beschuldigt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft; auch kann gegen denselben auf zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Die Absicht, den Angeklagten in Untersuchung oder Strafe zu bringen, wird hier nicht mehr gefordert. Strafe

ist Freiheitstrafe; der veraltete Grundsatz der Talion hatte jedoch zu jener Zeit immer noch Anhänger[1]).

Das Strafgesetzbuch für das Königreich Baiern von 1861 setzt die „Falsche Anzeige bei öffentlichen Behörden" zu den strafbaren Handlungen in Bezug auf Eid, Handgelöbnis und unbeschworenes Zeugnis.

> Art. 199. Wer bei einer öffentlichen Behörde durch schriftliche Eingabe oder zu Protokoll wissentlich eine falsche Anzeige macht, welche geeignet ist, ein amtliches Einschreiten zu veranlassen, soll mit Arrest bis zu acht Tagen oder an Geld bis zu fünfundzwanzig Gulden bestraft werden.

Das Strafgesetzbuch für den norddeutschen Bund von 1870 folgte dem preussischen von 1851 und bestimmte in § 164:

> Wer bei einer Behörde eine Anzeige macht, durch welche er Jemand wider besseres Wissen der Begehung einer strafbaren Handlung oder der Verletzung einer Amtspflicht beschuldigt, wird mit Gefängniss nicht unter einem Monat bestraft; auch kann gegen denselben auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Mit der Erhebung des Strafgesetzbuchs für den norddeutschen Bund zum Strafgesetzbuch für das deutsche Reich ist auch diese Bestimmung heute geltendes Reichsrecht geworden[2]).

---

[1]) Verhandlungen der Kommission des Staatsraths über den revidirten Entwurf des Strafgesetzbuchs. Berlin 1846. 20.

[2]) Litteratur:

Köstlin, Abhandlungen aus dem Strafrecht. Tübingen 1859. S. 39.

v. Buri, Abhandlungen aus dem Strafrecht. Giessen 1862. S. 24.

Herzog, Falsche Anschuldigung und Beleidigung im Sinne von § 186 des R.-St.-Gb. Gerichtssaal. Bd. 25. 1873. S. 379.

Herzog, Noch ein Wort über falsche Anschuldigung u. ehrenrührige Nachrede im Sinne der §§ 184 u. 186 d. R.-St.-Gb. Gerichtssaal Bd. 32. 1880. S. 81.

John, Bemerkungen zu Urteilen der Strafsenate des Reichsgerichts. III. 3. Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. Bd. I. 1881. S. 301.

Hess, Die Lehre von der falschen Anschuldigung nach dem Strafgesetzbuch für das deutsche Reich. Ellwangen 1888.

Teichmann, Die falsche Anschuldigung nach den neueren Strafgesetzbüchern. Zeitschrift für schweizerisches Recht. 31. Bd. Neue Folge. 9. Bd. 1890.

Inhalt.

Einleitung.
§ 1. Römisches Recht.
§ 2. Die Zeit der Volksrechte.
§ 3. Das kanonische Recht.
§ 4. Das Recht des späteren Mittelalters.
§ 5. Italienische und holländische Schriftsteller.
§ 6. Die Carolina und das gemeine deutsche Strafrecht.

In dem gleichen Verlag ist erschienen:

Huberti, Dr. iur. Ludwig, Gottesfrieden und Landfrieden. Rechtsgeschichtliche Studien. I. Buch: Die Friedensordnungen in Frankreich. XVI und 594 Seiten. Med. 8°. broch. M. 10.